AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 2 | 3. FEBRUAR 2023 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Frauen-Fussball: Darum sind pinke Schuhe nicht gesund. Seite 6

Catia Porri (72) war ein «verstecktes Kind»:

«Nie mehr Saisonnier-Statut!»

6 Schwerpunkt-Seiten Migration: Das grosse Interview mit **Catia Porri** +++ Die Wirren im **Walliser Migrationsamt** +++ Das unerträgliche Warten mit **Status F** +++ Die Initiative gegen die Einbürgerungswillkür: **Vierviertel** macht vorwärts +++ Und vieles mehr. Seiten 2, 5 und 10–13

FOTOS: MICHAEL SCHOCH / ADOBE STOCK / ZVG

Daru-Wache: Löhne tröpfeln

Security-Riese zahlt im ganzen Land die Löhne nicht korrekt aus. Seite 3

Die Mieten explodieren …

… dabei kassieren die Immo-Konzerne schon heute Milliarden zu viel. Seite 7

Der Lohnausweis

Es braucht ihn für die Steuererklärung. Doch nicht nur deshalb sollten Sie ihn genau prüfen. work weiss, wie und warum. Seiten 14–15

workedito
Anne-Sophie Zbinden

UNERTRÄGLICHE UNGEWISSHEIT

Das Dorf Fairbourne liegt an der malerischen Küste von Wales, Grossbritannien. 2014 meldete der Nachrichtensender BBC Wales: Fairbourne lasse sich nicht länger gegen das Meer verteidigen. Schon 2025 müsse es aufgegeben werden. Später zeigten sich die Behörden bereit, den schützenden Damm noch bis 2054 aufrechtzuerhalten. Danach wird das Dorf dem Meer überlassen. Die Klimakrise (zu der sich auch Baubüezer Käch, unser neuer Kolumnist, auf Seite 5 Gedanken macht) führt zu steigenden Meeresspiegeln, häufigeren und extremeren Stürmen. Deshalb wird Fairbourne nicht mehr bewohnbar sein, die rund tausend Einwohnerinnen und Einwohner müssen ihre Häuser verlassen. Werden sie die ersten europäischen Klimaflüchtlinge?

Kein Mensch migriert aus purer Lust am Abenteuer.

AUSWANDERERLAND. *Klimakrise, Krieg, Terror: alles legitime Gründe, die Heimat zu verlassen. Aber auch: keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit. Kein Mensch migriert aus purer Lust am Abenteuer, sondern weil er für sich und seine Familie keine Zukunftsperspektive sieht. Diese sahen bis vor gut 130 Jahren viele Schweizerinnen und Schweizer in ihrer Heimat auch nicht. Rund 12 Prozent der Bevölkerung verliessen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Land. Um diese fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen, wurden ab 1888 Migranten mit offenen Armen empfangen. Die Schweiz wurde vom Auswanderer- zum Einwandererland.*
Seither tragen Migrantinnen und Migranten zu unserem Reichtum bei. Insbesondere zum Reichtum der Konzernchefs und ihres Aktionariats. In den wirtschaftlichen Boomjahren nach dem Zweiten Weltkrieg diktierten die Firmen dem Bundesrat die Ausländerkontingente. Sie riefen nach Arbeitskräften, aber nicht nach Menschen, und schon gar nicht nach Kindern. In den 68 Jahren unter dem unmenschlichen Saisonnierstatut lebten bis zu zwei Millionen Kinder von ihren Eltern getrennt oder versteckt in Schweizer Wohnungen. Wie die Italo-Zürcherin Catia Porri (72), die anderthalb Jahre ihrer Kindheit versteckt in einem Mansardenzimmer verbrachte (Seiten 10, 11 und 12).

DAUERPROVISORIUM. *Der menschenunwürdige Umgang mit Migrierenden in der Schweiz ist aber keineswegs Geschichte. Zum Beispiel beim Status F, den die Asylbürokratie 1987 kreiert hat. Für Flüchtlinge, die zwar nicht als solche anerkannt sind, jedoch auch nicht zurückgeschickt werden können. Sie sind «vorläufig aufgenommen». Dabei ist «vorläufig» ein Hohn, denn viele leben oft jahrelang im Dauerprovisorium, von einer minimalen Asylfürsorge. Sie dürften zwar arbeiten, finden aber keine Jobs, denn sie leiden an Status F. Es sei, wie wenn man einem Hungrigen einen vollen Teller vorsetzen würde, er aber nicht essen dürfe. So beschreibt der Syrer Karim sein Leben als «Vorläufiger» (Seite 13).*
Fakt ist: Die Schweiz braucht Migrantinnen und Migrantinnen, die pflegen, pflücken und bauen. Fakt ist auch: Die globale Migration wird weiterhin zunehmen, Fairbourne lässt grüssen. Damit müssen wir besser umgehen (lernen). Denn: Menschenunwürdige Zustände wie das Saisonnierstatut, Status F oder Sans-papiers sind der Schweiz unwürdig.

Neue Initiative fordert ein Grundrecht auf Einbürgerung

«Eine Demokratie, die niemanden ausschliesst!»

Rund ein Viertel der Schweizer Bevölkerung kann politisch nicht mitbestimmen, weil ihnen der rote Pass fehlt. Das will die «Demokratie-Initiative» jetzt ändern.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Hier bekommen alle ein Stück vom Kuchen: Bei der Vorstellung ihrer Initiative in Zürich serviert der Verein Aktion Vierviertel eine grosse Torte. Ganz demokratisch dürfen sich alle daran bedienen und mitbestimmen, wie gross das Stück werden soll. «Lieber mit oder ohne Beeren?» heisst es beim Abschneiden. So demokratisch läuft es in der Schweiz aber nicht überall.

Arber Bullakaj, Präsident des Vereins Aktion Vierviertel, findet klare Worte: «Wir wollen eine Demokratie, die niemanden ausschliesst!» Der im Jahr 2020 gegründete Verein hat ein Ziel vor Augen: eine Initiative für ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren. Denn zurzeit wird ein Viertel der Schweizer Bevölkerung politisch fremdbestimmt – nur weil ihm der rote Pass fehlt.

FOTO: MANU FRIEDERICH

«Wer hier lebt, hat ein Grundrecht auf Einbürgerung.»
ARBER BULLAKAJ, AKTION VIERVIERTEL

Konkret fordert die Initiative: Nach fünf Jahren rechtmässigem Aufenthalt in der Schweiz soll eine Einbürgerung möglich sein, unabhängig von der Niederlassungsbewilligung. Heute dürfen sich ausschliesslich Personen einbürgern lassen, die über eine Niederlassungsbewilligung C verfügen und mindestens seit 10 Jahren in der Schweiz wohnen. (work berichtete: **rebrand.ly/huerdenlauf)**. Zudem soll es einheitliche Kriterien für ein faires Einbürgerungsverfahren geben. Laut Bullakaj gibt es da heute noch viele Probleme, besonders die Willkür der Gemeinden sind ihm ein Dorn im Auge. «Ich kenne Beispiele, da wurden Personen für die Einbürgerung abgelehnt, weil sie nicht alle Beizen im Dorf aufzählen konnten», sagt Bullakaj. Auch Behördengänge, allfällige Tests und Kurse sowie die horrenden Kosten seien zu hohe Hürden.

EIN LAND, VIELE NATIONEN: Der Zugang zum roten Pass soll einfacher werden. FOTO: AKTION VIERVIERTEL

Die Kosten unterscheiden sich von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde. Eine Einzelperson bezahlt in Lausanne unter tausend Franken, in Schwyz hingegen das Vierfache. «Der Einbürgerungsprozess ist so, wie er heute ist, schlicht nicht mehr zeitgemäss», ergänzt Vereinspräsident Bullakaj.

50 JAHRE STILLSTAND

Ein Rückblick zeigt: Der Weg für mehr Rechte für Migrantinnen und Migranten ist lang und steinig. 1970 lehnte das Schweizer Stimmvolk nur knapp die fremdenfeindliche Schwarzenbach-Initiative ab, mit der 300 000 Menschen die Zwangsausschaffung aus der Schweiz drohte (work berichtete **rebrand.ly/schwarzenbach-initiative).** Darauf folgten praktisch im 10-Jahres-Rhythmus Abstimmungen zu Bürgerinnen- und Bürgerrechten: 1983 wurde eine Verfassungsänderung vom Volk abgelehnt, die den Secondos und Secondas die Einbürgerung hätte erleichtern sollen. 1994 scheiterte eine Vorlage für die erleichterte Einbürgerung junger Migrantinnen und Migranten am Ständemehr, dasselbe geschah mit einer Vorlage 2004, die ausländischen Jugendlichen der zweiten und dritten Generation die Einbürgerung erleichtern wollte. Erst 2017 kam es zu einem Mini-Erfolg: Die dritte Generation kann seither den Einbürgerungsantrag direkt beim Bund stellen und muss nicht noch zusätzlich zum Kanton und zur Gemeinde. Doch auch dieses Verfahren ist noch aufwendig **(rebrand.ly/drittegeneration).** Für Bullakaj ist klar: «Wer hier lebt, hat ein Grundrecht auf eine Einbürgerung.» Deshalb soll es jetzt eine neue Initiative geben. Denn, so Bullakaj, «die Initiative ist das mächtigste Mittel der Schweizer Demokratie».

LANCIERUNG IM FRÜHLING

Und wie geht es jetzt weiter? Zurzeit ist ein Initiativkomitee im Aufbau; die «Volksinitiative für ein modernes Bürgerrecht» (Demokratie-Initiative) soll im Frühling lanciert werden. Mit dabei ist auch die Unia. Unia-Migrationsexperte Hilmi Gashi sagt: «Bürgerrechte und Arbeitnehmendenrechte sind immer mehr untrennbar miteinander verbunden. Deshalb unterstützen wir die Initiative!»

WORK-SCHWERPUNKT MIGRATION

- Im **Walliser Migrationsamt** geht's drunter und drüber: Nach Dossierstau und Sonderschliessung jetzt auch Paragrafen-Chaos. **Seite 5**
- 50 000 Kinder mussten sich wegen des Saisonnierstatuts verstecken **Catia Porri (72)** war eines davon. Das Interview. **Seiten 10–11**
- Ein neuer **Dokumentarfilm** zeigt, wie das Saisonnierstatut Familien auseinanderriss. **Seite 12**
- Früher Saisonnierstatut, heute **Status F.** **Seite 13**

Grossbaustelle für Luxuswohnungen am Neuenburgersee

Gute Aussichten für «Bella Vista»!

Auf einer Baustelle für Luxuswohnungen in Neuenburg herrschten Lohnbschiss und Preiskampf. Damit ist jetzt Schluss!

DARIJA KNEŽEVIĆ

Mehr Luxus geht nicht: In Neuenburg entsteht eine riesige Wohnanlage mit bester Seesicht. Doch der Bau dieses Megaprojekts brachte viel Ärger mit sich. Büezer vor Ort berichteten von Lohnpfusch und zu langen Arbeitstagen (work berichtete: **rebrand.ly/lohnpfusch).** Verantwortlich dafür war der österreichische Baukonzern Porr, der als Erstunternehmen engagiert wurde.

AUF KOSTEN DER BÜEZER

Die Neuenburger Bauarbeiter beschwerten sich bei der Unia: über Löhne, die nicht ausbezahlt wurden, über die regelmässige Überschreitung der maximal erlaubten Wochenarbeitszeit von 50 Stunden und über unsaubere Reiseentschädigungen. Die geprellten Büezer wehrten sich mit einem Bummelstreik im vergangenen November. Viele von ihnen waren auch bei den Westschweizer Bau-Protesttagen dabei, um für einen fairen Landesmantelvertrag zu kämpfen. Denn Erstunternehmer Porr hatte für das Riesenprojekt die Appenzeller Baufirma Rutsch Bau engagiert. Doch statt die Aufträge selbst auszuführen, delegierte die Appenzeller Bude den Grossteil der Arbeit an Subunternehmen aus zehn Kantonen. Möglichst günstig sollten die Aufträge über die Bühne gehen. Auf dem Buckel der Arbeiter auf der Baustelle. Damit ist jetzt aber Schluss! Die Firma Rutsch Bau, die für den Rohbau beauftragt wurde, befindet sich zurzeit in Liquidation.

NACH LOHNPFUSCH UND QUERELEN: Jetzt sollen für die Büezer auf der «Bella Vista»-Baustelle bessere Zeiten kommen. FOTO: ZVG

UNIA BLEIBT AUFMERKSAM

Jetzt übernehmen drei lokale Bauunternehmen die zwei Gebäude auf der Riesenbaustelle, die am wenigsten fortgeschritten sind. Der zuständige Gewerkschaftssekretär Alexandre Martins sagt: «Wir kennen die Details noch nicht, aber es scheint, dass der Preis neu diskutiert wurde, was zweifellos ein gutes Zeichen ist.»

Die Gewerkschaft behält die Luxusbaustelle weiterhin im Auge. Unia-Sekretär Martins: «Seitens der Unia bleiben wir natürlich aufmerksam, was auf dieser Baustelle in Bezug auf die Arbeitszeiten oder die Subunternehmer geschieht. Unser Netzwerk mit den Arbeitern ist sehr gut. Falls es zu Problemen kommt, werden wir schnell informiert.»

GIBT DEN BSCHISS ZU: Daru-Chef Armin Häfliger. FOTOS: PD

Daru-Wache: Rechtsbruch mit System

«Sie zahlen nach Lust und Laune»

Der Lohnbschiss um die Berner Security-Firma GSD weitet sich aus. work-Recherchen zeigen: Die Muttergesellschaft Daru-Wache zahlt in der ganzen Schweiz die Löhne nicht korrekt aus.

CHRISTIAN EGG

Zwei Wochen musste Tanja Gehrig nur von Teigwaren und Tiefkühlfood leben – weil ihr plötzlich 500 Franken Lohn fehlten (work berichtete: **rebrand.ly/teigwaren).** Verantwortlich für die Notlage der zweifachen Mutter war die Daru-Wache, eine der grössten Sicherheitsfirmen der Schweiz, mit über 300 Mitarbeitenden an 14 Standorten. Sie kaufte vergangenes Jahr Gehrigs

Die Daru beschreibt ihre illegale Praxis als unausweichlich und ganz normal.

Arbeitgeber auf, die gut laufende GSD Gayret Security. Und führte alsbald ein neues Regime ein: Ende Monat bekommen die Mitarbeitenden jetzt nur noch einen Teil des Lohnes. Den Rest gibt's später. Und dies, obwohl gemäss Bundesgerichtsurteil der Zahlungstermin für den Lohn «zwingend vor dem letzten Tag dieses Monats liegen muss; er kann nicht auf den 15. des Folgemonats festgelegt werden».

DER CHEF GIBT'S ZU

Jetzt zeigen Recherchen: Die illegalen Lohnzahlungen bei der GSD waren nur die Spitze des Eisberges. work liegen Dokumente aus mehreren anderen Daru-Standorten vor. Sie belegen: Auch diese Mitarbeitenden erhalten ihren Lohn nicht korrekt. Ende Monat gibt's jeweils eine runde Summe, deutlich weniger als der Netto-Monatslohn. Der Rest kommt immer erst am 15. des Folgemonates, wie aus den Lohnabrechnungen hervorgeht. Dort wird, besonders dreist, der fristgerecht ausbezahlte Betrag als «Lohnvorzahlung» bezeichnet. Mehr noch: Nicht einmal darauf können sich die Daru-Mitarbeitenden verlassen. Im Fall von Christine Keller* schwankt die Höhe der «Vorzahlung» stark, ohne ersichtlichen Grund. Mehrmals zahlt ihr die Daru Ende Monat sogar nur die Hälfte des Lohnes aus. Gegenüber work sagt Keller: «Sie zahlen nach Lust und Laune.»

Die Daru wollte die Fragen von work nicht beantworten. Gegenüber der Zeitung «Der Bund» räumte Daru-Chef Armin Häfliger dagegen freimütig ein, dass die Praxis System habe: Der Lohn werde in allen Unternehmen der Daru-Holding AG gestaffelt ausgezahlt. Als liesse sich das Unrecht dadurch rechtfertigen, dass es die Firma flächendeckend begeht.

* Name geändert

WIE IST ES BEI IHNEN?

Alles okay in der Sicherheitsbranche?
Die Unia will es wissen: Wie zahlt Ihr Arbeitgeber den Lohn aus? Schicken Sie Ihre Infos an **igor.zoric@unia.ch.**

Schon 2019 geriet die Daru in die Schlagzeilen. Im «Blick» warfen Mitarbeitende der Firma vor, sie jährlich um Hunderte von Stunden zu prellen. Auch die Kundschaft sei getäuscht worden, darunter zwei Bundesämter und die Kantonspolizei Basel-Stadt: Die Daru habe verrechnete Kontrollgänge nicht durchgeführt und Ausbildungszertifikate gefälscht. Die Daru bestritt die meisten Vorwürfe.

Dies tun Häfliger und der GSD-Betriebsleiter Oliver Furrer auch heute wieder. In einer barocken Ausführlichkeit. Gegenüber Kundinnen und Kunden im Raum Bern versuchen sie mit vereinten Kräften, die Kritik zu zerstreuen (siehe unten). In der Daru-Mitarbeitendenzeitschrift beschreibt Furrer die Praxis der Lohnauszahlung, wortreich und mit häufiger Referenz auf «unseren Verwaltungsratspräsidenten Armin Häfliger», als unausweichlich und ganz normal.

Daru-Chef: Null Respekt

Auf der Online-Plattform Kununu können Mitarbeitende ihre Firma bewerten. Sie enthält 252 Einträge zur Daru. Chef Armin Häfliger hat jeden davon persönlich kommentiert. Einige seiner Antworten füllen mehrere Bildschirmseiten. Einer Exführungskraft aus Zürich schreibt er: «Sie haben die vom Kunden übertragene Arbeit bis heute nicht verstanden.»

PIKIERT. Eine Antwort im Oberlehrerton krönt er mit: «Ich bin sicher, dass Sie froh sind, dass die Kununu-Bewertung keinen Wissenstest darstellt.» Und auf die Kritik, seine Beiträge seien viel zu lang, schreibt er pikiert: «Ich habe ja Verständnis, dass auch das Lesen mit einem Aufwand verbunden ist, den Sie nicht gerne betreiben.» Lieber Herr Häfliger. Bitte etwas Respekt. Gegenüber dem Gesetz – und gegenüber den Menschen. (che)

Kundin schockiert: «Eine hässliche Geschichte»

Margrit Schürch ist «not amused». Soeben hat work die Managerin der International School of Berne, wo Expats und Diplomatinnen ihre Kinder zur Schule schicken, auf die rechtswidrige Praxis der Securityfirma Daru-Wache und deren Tochterfirma GSD aufmerksam gemacht: dass diese ihren Mitarbeitenden Ende Monat nicht den ganzen Lohn überweist. Jetzt sagt Schürch ganz undiplomatisch: «Das ist ja eine hässliche Geschichte. Wie kommt man bloss auf solche Ideen?»

Seit rund fünf Jahren engagiert die Schule jeweils die GSD, um bei grösseren Anlässen den Verkehr zu regeln. An der Schule sei ein pünktliches

Auch die Berner Kantonspolizei ist Auftraggeberin.

und korrektes Auszahlen der Löhne «heilig», sagt Schürch: «Auch von unseren Lieferanten und Geschäftspartnern erwarten wir rechtskonformes und ethisch einwandfreies Verhalten.» Sie will jetzt mit der Securityfirma Kontakt aufnehmen. Antworten will auch die Kantonspolizei Bern: In ihrem Auftrag verteilt die GSD in der Hauptstadt Bussen, jährlich bezahlt der Kanton der Firma dafür 450 000 Franken. Man habe die GSD zu einer Stellungnahme aufgefordert, heisst es auf Anfrage.

FOTO: PD

GENERVT. Diese und weitere Rückmeldungen zeigen: Der Einsatz der Unia hat Folgen für die Daru-Wache. Auch mehrere Gemeinden, die Aufgaben an die Firma ausgelagert haben, wollten Erklärungen. Daru-Chef Armin Häfliger schrieb der Kundschaft eine mehrseitige Stellungnahme. GSD-Betriebsleiter Oliver Furrer habe zudem an verschiedenen Orten antraben müssen, berichtet eine Quelle aus der Firma: «Das hat ihn genervt.» Mit welchen Argumenten die Daru-Wache die Praxis verteidigt, ist unklar – Fragen von work blieben unbeantwortet.

KONSEQUENZEN. Zur Kundschaft der GSD gehört auch das Berner Kulturzentrum Progr. Dessen Leiterin Silvia Hofer sagt, sie habe schon im Dezember von den Missständen gelesen: «Ich war schockiert.» Auch sie intervenierte bei der GSD und bekam eine Stellungnahme.

Doch damit ist die Sache nicht vom Tisch: Der Stiftungsrat werde an seiner nächsten Sitzung über die weitere Zusammenarbeit mit der Daru-Tochter befinden, sagt Hofer. Klar sei allerdings: «Wir möchten nicht mit einer Firma zusammenarbeiten, die sich nicht an das Gesetz hält.» (che)

Pflegeschelte für Bund

BERN. Auf den ersten Blick stimmt sie hoffnungsvoll – die geplante Umsetzung der Pflegeinitiative: Dienstpläne müssen früher verteilt werden, Lohnzuschläge für kurzfristige Einsätze, GAV-Verhandlungspflicht. Auch eine Ausbildungsoffensive im Umfang einer Milliarde Franken soll gestartet werden. Doch ein entsprechendes Gesetz will der Bundesrat nicht vor 2027 in Kraft setzen. Dieses Schneckentempo kritisieren die in der Unia organisierten Pflegerinnen und Pfleger scharf. Ihr nationaler Branchenvorstand fordert eine Verfahrensbeschleunigung und Sofortmassnahmen. Die Versorgungssicherheit stehe auf dem Spiel, denn die Lage in der Pflegebranche sei miserabel: Jeden Monat verlassen rund 300 Pflegerinnen und Pfleger den Beruf.

Unia-Preis für Mutige

BERN. Auch dieses Jahr zeichnete die Unia besonders engagierte Gewerkschaftsmitglieder des Dienstleistungssektors aus. Der Prix Engagement ging an Pflegerin Florence Victor aus Genf. Sie gründete eine Gruppe, die gegen zahlreiche Probleme in Alters- und Pflegeheimen kämpft. Victor selbst wehrte sich erfolgreich gegen ihre Entlassung. Sogar die zweifelhafte Geschäftsleitung wurde ihretwegen ausgewechselt!
Einen weiteren Preis erhielt das Belegschaftskollektiv von Cats & Dogs, einer konkursgegange-

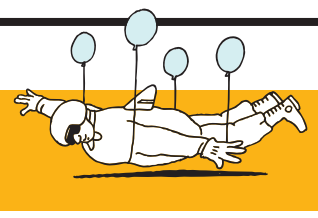
FOTO: T. PORCHET

HUNDELEBEN: Dagegen wehrten sich die Verkäuferinnen und Verkäufer bei Cats & Dogs.

nen Tierbedarfskette in der Westschweiz. Das Team protestierte gegen miserable Arbeitsbedingungen. Jetzt kämpft es um die ausstehenden Löhne.

Endlich sicherere Textilfabriken

ISLAMABAD (PK). Arbeiterinnen und Arbeiter in der Bekleidungsindustrie sind grossen Gefahren ausgesetzt. Das zeigt einer der schlimmsten Brände der Geschichte der Textilindustrie vor elf Jahren: In einer Fabrik in Karatschi, Pakistan, starben über 250 Menschen in den Flammen. Ein Jahr später stürzte in Bangladesh eine Fabrik ein. 1138 Näherinnen starben. Gewerkschaften und Modemarken einigten sich danach auf ein internationales Arbeitsschutzabkommen, das rechtlich verbindlich ist und von Bangladesh vor rund zehn Jahren unterzeichnet wurde. Jetzt endlich folgt auch Pakistan! Konkret müssen die Fabriken auf ihre Sicherheit geprüft und renoviert werden. Auch eine Anlaufstelle für Arbeitende mit dringenden Gesundheitsproblemen wird eingerichtet.



rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Roboterinnen und Handlanger: Wächst die Produktivität in der Schweiz schnell genug?

Die Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde wächst derzeit steil an. Und sie muss und wird weiterwachsen. Damit wir alle besser leben. Was wir jetzt dringend brauchen, sind ebenso steigende Reallöhne. Und vielleicht auch die Hilfe von Robotern.

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit hohen Lebenskosten, deshalb hat sie im Vergleich zu anderen Ländern auch hohe Löhne. Diese müssen nun weiter real steigen, weil sonst die hohen Schweizer Lebenskosten unsere Kaufkraft auffressen. Vier Projekte sind für die Linken und die Gewerkschaften zentral:

Erstens sollte niemand mehr als 10 Prozent des Netto-Haushalteinkommens für Krankenkassenprämien aufwenden müssen.

Zweitens müssen Städte und Gemeinden endlich den günstigen und sozialen Wohnungsbau effizient fördern. So, wie das Wien seit gut hundert Jahren macht.

Drittens braucht es eine 13. AHV-Rente, um die Verluste in der zweiten Säule etwas zu kompensieren.

Und viertens brauchen wir steigende reale Einkommen, die sich am Wachstum der Produktivität orientieren. Und einen flächendeckenden Mindestlohn von 25 Franken. Dies auch als flankierende Massnahme, wenn wir nächstens ein «Rahmenabkommen 2.0» unterzeichnen werden und müssen.

SCHÖNE NEUE WELT? Roboter legen vollautomatisch Handtücher zusammen. FOTO: PD

PRODUKTIVITÄT WÄCHST. Eine Frage steht im Raum: Wächst die Produktivität in der Schweiz schnell genug? Es gibt zwei Sichtweisen: das Wachstum der Produktivität pro Einwohnerin oder Einwohner oder das Wachstum der Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde.

Es kommt nur auf die Produktivität pro Arbeitsstunde an. Und diese steigt derzeit relativ steil an. Dies wegen folgender Faktoren:

Vorzeitige Pensionierung: Wir werden alle älter als die Generationen vor uns. Und alle, die es sich leisten können, gehen vor Erreichen des 65. Altersjahrs in Pension.

Teilzeitarbeit: Vor allem die Frauen arbeiten in der Schweiz Teilzeit, weil immer noch sie es sind, die sich um die unbezahlte Care-Arbeit kümmern. Und viele von ihnen möchten mehr Erwerbsarbeit leisten. Das ist das eine. Das andere: Immer mehr Männer und Frauen, die es sich leisten können, reduzieren ihr Pensum im Job und arbeiten ebenfalls Teilzeit. Die 32-Stunden-Woche erobert schleichend die Schweiz, aber auf Kosten der Lohnabhängigen, wie SGB-Chefökonom Daniel Lampart auf Seite 13 zeigt.

Damit vorzeitige Pension und Teilzeit kein Privileg der Besserverdienenden bleibt, braucht es massiv höhere Mindestlöhne, die ihrerseits die Produktivität erhöhen.

Und dies mit Hilfe von künstlicher Intelligenz (KI) und Robotern (warum redet eigentlich niemand von Roboterinnen?). Auch sie tragen zur Produktivitätssteigerung bei und versprechen uns eine Rosa Zukunft.

Der Motor: Höhere reale Löhne bewegen die Unternehmen zu Investitionen.

SCHLAUE KI. Drei Entwicklungen regen – neben andern – zum Nachdenken an: In professionellen Wäschereien ist es oft unnötigerweise feucht und heiss. Wäsche zu falten ist so oder anders eine Plackerei. Das bayrische Start-up Sewts bringt eine «Zusammentrag»-Roboterin auf den Markt. Sie kostet noch 220 000 Franken. Das US-Robotik-Unternehmen Boston Dynamics bringt nach roboterisierten Hunden und Maultieren nächstens offenbar den «Handlanger Atlas» auf den Markt. Dies im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Und der US-Softwareentwickler Microsoft investiert Milliarden in die Software ChatGPT. Diese kann mit Hilfe von künstlicher Intelligenz unter anderem Texte verstehen, verfassen und zusammenfassen. Jeden Tag erscheinen Zeitungsartikel, die diese KI-Software loben, kritisieren und ihre Grenzen aufzeigen. Neu schreibt die künstliche Intelligenz selbständig oft gar nicht so besoffene Texte in vielen Sprachen.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/robo-hilfe**
  Spannender Bericht über die (von Männern entwickelten) Wäsche-Roboterinnen.
- **rebrand.ly/robo-mensch**
  Alle technisch Interessierten sollten sich dieses Video anschauen. Eines gar nicht so fernen Tages werden diese Roboter vielleicht solare Freiflächenanlagen in den Alpen installieren.
- **rebrand.ly/robo-chat**
  Ist ChatGPT ein Quatsch, wie der deutsche Blogger Sascha Lobo schreibt? Oder droht Google bald der Untergang? Tipp: Geben Sie mal das Stichwort «Frauenstreik 2023» ein, sobald die Website nicht mehr wegen Überlastung down ist.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

INSERAT

Nach Dossierstau und Sonderschliessung jetzt auch Paragraphengewirr

Chaos pur im Walliser Migrationsamt

Die Walliser Dienststelle für Bevölkerung und Migration verletzt systematisch die Rechte von ausländischen Arbeitnehmenden, sagt die Unia. Auch Unternehmer schlagen Alarm.

JONAS KOMPOSCH

Anfang September zog Sandra Tiano die Notbremse. Die Chefin der Walliser Dienststelle für Bevölkerung und Migration hatte nämlich realisiert: Die Abteilung «Aufenthalt und Niederlassung» war heillos überfordert, versunken in einem riesigen Dossierberg! Tiano befahl schweizweit Einmaliges: die fast totale Abkapselung der Abteilung von der Aussenwelt. Um fortan nur noch Pendenzen abzubauen. Telefonanrufe wurden nun glatt ignoriert, E-Mails nicht mehr beantwortet und Gemeinden angewiesen, sich nur noch in «äusserst dringenden Fällen» zu melden. Gerade mal ein Schalter blieb noch geöffnet. Volle drei Wochen dauerte das so. Dann die Meldung: Man habe aufgeräumt. Über 7000 Personendossiers seien bearbeitet worden.

Die Unia begrüsste die «ungewöhnlich radikale Massnahme». Denn für etliche Mitglieder hatte der Dossierstau gravierende Konsequenzen.

OHNE BEWILLIGUNG GEHT NIX

Der Pendenzenberg bestand nämlich primär aus Gesuchen für eine Aufenthaltsbewilligung. Ohne ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter ginge der Wirtschaft bekanntlich sofort der Schnauf aus – im Grenz- und Tourismuskanton sowieso. Zugleich gilt: Ohne gültige Bewilligung ist das Arbeitsleben eine Qual. Der Oberwalliser Unia-Leiter Martin Dremelj erklärt: «Neuzugezogene finden keine Wohnung, können kein Bankkonto eröffnen und kein Auto kaufen. Auch Krankenversicherungen sind oft erst gültig, nachdem die Aufenthaltsbewilligung erteilt ist. Und gewisse Arbeitslosenkassen zahlen nichts, obwohl die Stellenlosen zum Bezug berechtigt wären.» Mit dem Abarbeiten allein war es aber nicht getan.

Das Amt plagt Migrantinnen, missachtet Bundesgerichtsurteile und verstösst gegen internationale Abkommen.

In einem Brief an Amtschefin Tiano mahnte Dremelj: Das Problem bestehe nicht nur aus langen Wartezeiten. Der Dienststelle fehle es auch an Kompetenz. Und speziell das Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) werde «bewusst oder unbewusst ignoriert».

Dremelj gab ein Beispiel: EU-Bürgerinnen und -Bürger sind gemäss FZA zu einer Kurz- oder Aufenthaltsbewilligung berechtigt, wenn sie Ausweis plus Arbeitsvertrag vorweisen können. Doch Tianos Behörde verlange immer wieder zusätzliche Dokumente, obwohl das gegen das FZA verstosse. Für Dremelj ist klar: «Die Dienststelle verletzt nicht nur ein internationales Abkommen, sondern schafft sich auch noch unnötige Arbeit!» Das war vor vier Monaten. Nun hat die Unia an einer Medienkonferenz in Siders Bilanz gezogen – und ein vernichtendes Urteil gefällt.

GEGEN PERSONENFREIZÜGIGKEIT

Unia-Regionalchef Blaise Carron nahm kein Blatt vor den Mund: «Die Dienststelle befindet sich weiterhin auf Irrwegen!» sagte er sichtlich empört. Und: «Ihre angekündigten Massnahmen haben keinerlei Wirkung gezeigt.» Das Gegenteil sei der Fall: «Das Amt verstösst regelmässig gegen die Personenfreizügigkeit, das Ausländergesetz und missachtet wegweisende Bundesgerichtsentscheide.»

Belege dafür legte der extra von Zürich angereiste Rechtsanwalt und Professor für Migrationsrecht, Marc Spescha, auf den Tisch. Für die Walliser Unia betreut er immer wieder Fälle. Etwa jenen von Camilla Sánchez*. Die Spanierin besitzt eine Aufenthaltsbewilligung und lebt seit einer Weile mit Sohn und Ehemann im Wallis. Dieser kommt aus Lateinamerika, geniesst aber als Gatte einer EU-Bürgerin automatisch das Aufenthaltsrecht in der Schweiz. So steht es im Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Im April 2022 stellen Vater und Sohn vorschriftsgemäss ein Gesuch für eine Aufenthaltsbewilligung – laut Spescha eigentlich ein Verwaltungsakt, der «innert 30 Minuten abzuwickeln wäre». Doch was folgt, ist ein zermürbendes Hin und Her.

SIE BAUEN UND SERVIEREN, SOFERN DER AMTSSCHIMMEL SIE LÄSST: Ohne Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland ginge dem Wallis der Schnauf aus. FOTOS: KEYSTONE (2) / ADOBE STOCK (1) / MONTAGE: NINOTCHKA.CH

JUSPROFESSOR: «EINMALIG!»

Mehrere Beamte sind involviert. Es braucht Gewerkschaft und Anwalt. Zeitweise herrscht beim Amt Funkstille, dann wird dem Klienten sogar illegaler Aufenthalt vorgeworfen. Spescha müht sich ab, liefert Paragraphen und Leiturteile, droht zuletzt sogar mit einer Beschwerde wegen Rechtsverweigerung. Vergebens. Auch nach 10 Monaten fehlt Vater und Sohn die Bewilligung. Spescha ist schockiert. Nicht in 20 Jahren Migrationsrechtspraxis habe er solche Beamtinnen und Beamten erlebt: «Wären sie Ausländer, würde man sagen, sie seien renitent!» empört sich der Professor. Ihre Rechtsunkenntnisse seien «gravierend». Die Folge: «absolut unzumutbare Behandlungsdauern» und «Verschleuderung von Steuergeldern». Bei Redaktionsschluss war auf die happigen Vorwürfe noch keine Erwiderung bekannt – auch nicht vom zuständigen FDP-Staatsrat Frédéric Favre. Im Kantonsparlament war die Problembehörde allerdings schon im November Thema.

PARLAMENT HAT'S VERPENNT

Der Visper Bauunternehmer und Mitte-Politiker Olivier Imboden hatte nämlich verlangt, die Dienststelle personell aufzustocken. Imboden sagte: «Es stimmt nicht, dass das Problem behoben ist. Die Wartezeiten betragen immer noch drei bis vier Monate. Das ist zu lang.» Auch warnte er, dass die Wintersaison zu einem Anstieg von Gesuchen führe. Da dürfe es nicht sein, dass «eine Bewilligung erst nach Saisonende eintrifft».

Eigentlich logisch – doch die Motion wurde abgelehnt, knapp zwar, aber pikanterweise dank einer parteiübergreifenden Opposition aus dem welschen Kantonsteil. Nur die SP war geschlossen für Imboden. Dieser erklärt: «Den Unterwallisern war nicht bewusst, dass das Problem noch besteht. Man liess sich von der Medienmitteilung des Amtes blenden.» Jetzt komme das Thema aber immer wieder ins Parlament. Tatsächlich wird voraussichtlich schon kommende Woche über einen verwandten und diesmal breit abgestützten Vorstoss diskutiert: Auch bei den Arbeitsbewilligungen sei das Verfahren eine Zumutung – für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Es brauche dringend mehr Effizienz.

* Name geändert

ILLU: NINOTCHKA.CH

Winterhitze

Die Bilder der Polizeigewalt im deutschen Lüzerath haben mir einiges aufgezeigt. Zum Beispiel, dass es einigen dieser beamteten Gewaltmonopolisten wohl eine wahre Freude war, mit dem Knüppel in der Hand für einen Energiekonzern ins Schlachtfeld zu ziehen.

Marius Käch ist Bauarbeiter in Zürich und Gewerkschafter.

Doch die Ausweitung des Braunkohleabbaus ist nur ein unschönes Teilstück in der langen Reihe der Umweltzerstörung im modernen Kapitalismus. Langsam, aber sicher müssen wir uns bewusst werden: Es geht nicht mehr um etwas abstrakt Schlimmes, das in ferner Zukunft schlummert und uns – wenn überhaupt – erst im hohen Alter einholen wird. Für uns Berufsleute, die bei jedem Wetter draussen arbeiten, hat das Problem jedenfalls längst den Alltag erreicht.

Auf dem Bau spüren wir den Klimawandel längst.

VOLLGAS. Den grossen Hitzesommer haben wir alle noch in Erinnerung. Und jetzt haben wir diesen warmen Winter. Bei uns auf der Baustelle hatten wir bis jetzt nur während zweier oder dreier Wochen Wintermassnahmen. Das heisst: Nur in diesen Wochen mussten wir Schalungen beheizen, enteisen oder Wasserleitungen frostsicher machen. Das bedeutet in erster Linie, dass wir weniger Aufwand haben und ohne Frost und Eis auch weniger Unfälle bauen. Die Kehrseite der Medaille ist aber, dass wir immer noch während 9 Stunden arbeiten können – wie im Sommer. Dafür sind die Tage eigentlich zu kurz. Aber das lässt sich ja mit riesigen Energiefresserlampen an den Kranen lösen. So können wir nun auch im Winter mit Vollgas arbeiten und dürfen fleissig Überstunden klotzen.

Bisher war die Intensivphase der Arbeit auf den Sommer limitiert. Dank Väterchen Frost konnten wir endlich einmal durchschnaufen und am Abend wieder Zeit mit der Familie verbringen.

ZU VIEL! Neun Stunden Bauarbeit plus Reisezeit plus Pausen plus Umziehen – das ist einfach zu viel! Nun weitet sich das Ganze immer mehr aus. Wegen der Klimakatastrophe. Und der nächste irre Sommer folgt bestimmt. Dürren und extrem lange Hitzeperioden kennen wir ja bereits. Dann draussen zu arbeiten ist alles andere als toll, das sollte allen klar sein. Es bringt aber noch eine ganze Reihe weiterer Probleme mit sich. Etwa stärkere und häufigere Stürme. Gearbeitet wird dann trotzdem. Oder die wachsende UV-Strahlen-Belastung. Mit ihr häufen sich auch die Fälle von Hautkrebs. Oder die steigenden Ozonwerte. Die Lunge lässt grüssen. Die Liste ist längst nicht fertig. Fest steht aber, dass wir unser Leben an die Wand fahren werden – ausser wir ändern, wie wir als Gesellschaft funktionieren, wie wir arbeiten und wie wir den Reichtum verteilen. Lützerath wurde zwar geräumt, aber es war erst der Anfang!

Angriff abgewehrt:

Neuer Polier-Vertrag steht

Die Baumeister wollten die Arbeitsbedingungen der Poliere noch mehr deregulieren als jene der Baubüezer – vergebens.

JONAS KOMPOSCH

Ob für Baufortschritt, Qualitätsnachweis oder Bauplatzorganisation – verantwortlich sind immer die Polierinnen und Poliere. Sie sind die «Kapitäne» der Baustellen. Meistens geachtete Respektspersonen mit viel Berufserfahrung, kollegialem «Gschpüri» und direktem Draht in die Chefetage, selten gefürchtete «Tätschmeister». Seit 1944 haben die Poliere ihren eigenen Gesamtarbeitsvertrag, den «Baukadervertrag». Am 27. Januar wurde seine Neuauflage besiegelt – von Unia, Syna und dem Baukaderverband einerseits und dem Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) andererseits. Vorausgegangen waren fünf Verhandlungsrunden, weit mehr als üblich. Chris Kelley, Co-Leiter Bau bei der Unia, erklärt: «Insgesamt waren die Verhandlungen mit dem SBV ausserordentlich hart.» Konkret habe der SBV lange die gleichen extremen Forderungen gestellt wie beim Landesmantelvertrag (LMV) – inklusive Abschaffung des Arbeitszeitkalenders, womit eine Planbarkeit von Privat- und Familienleben noch schwieriger geworden wäre. Die Bauarbeiter und auch viele Poliere haben den LMV bekanntlich verteidigt und gesichert. Die Verhandlungen über den Baukadervertrag liefen derweil weiter. Und zwar auf absurde Weise!

BAU-KAPITÄNE: Die Poliere sorgen dafür, dass es auf der Baustelle läuft. FOTO: KEY

Dieses Jahr waren die Verhandlungen ausserordentlich hart.

GEGEN GRATISARBEIT

Denn trotz seiner LMV-Niederlage ging der SBV bei den Polieren in die Offensive. Dazu Chris Kelley: «Sie versuchten Verschlechterungen durchzudrücken, die spezifisch die Poliere betroffen hätten und die noch weiter gegangen wären als bei den Bauarbeitern.» So hätten Firmen von ihren Polieren neu 40 Minusstunden und bis zu 120 Überstunden abverlangen dürfen. Kelley: «Das ist deutlich mehr als im LMV, hätte den Druck auf die Poliere erhöht und ihr Privatleben tangiert.» Zudem wollte der SBV alte Überstunden nicht mehr mit Zuschlag ausbezahlen – auch dies konträr zur Regelung im LMV. Abschaffen wollte er ausserdem die monatliche Schwelle von 25 Überstunden. Die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung wollte er ab einem bestimmten Lohn aufweichen. «Das hätte Tür und Tor geöffnet für noch mehr Gratisarbeit», kommentiert Kelley.

All das konnten die Gewerkschaften abwehren. Stattdessen wird der Baukadervertrag nun analog dem neuen LMV angepasst (siehe: **rebrand.ly/lmv23).** Hinzu kommt eine Erhöhung aller Mindestlöhne um 100 Franken. Keine Einigung gab es dagegen bei den Effektivlöhnen. Hier empfiehlt die Unia allen Polieren: Beharrt auf Teuerungsausgleich plus Reallohnerhöhung! Die Erfolgschancen sind vorzüglich. Poliere sind gesucht wie nie.

GETEILTES LEID: Die beiden Top-Fussballerinnen Beth Mead (l.) und Vivianne Miedema an Krücken. FOTO: GETTY

Darum leben Fussballerinnen riskanter als Fussballer:

Hier drückt der Schuh gefährlich

Alles ist auf den Mann zugeschnitten – auch Fussballschuhe. Doch statt sie auf den Frauenfuss anzupassen, werden sie lediglich pinker statt besser. Mit fatalen gesundheitlichen Folgen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Beth Mead (27), eine der besten Fussballspielerinnen der Welt, verletzte sich vor kurzem am Kreuzband. Das Sporttalent riskiert, die Fussball-WM im Sommer wegen ihrer Verletzung zu verpassen. Doch sie ist nicht die Einzige: Aktuell kurieren fünf der zwanzig besten Fussballspielerinnen einen Kreuzbandriss aus. Schuld an den Verletzungen ist die Form und das Volumen der Schuhe. Diese sind nämlich nicht an Frauen-, sondern an Männerfüsse angepasst.

VERNACHLÄSSIGTE FRAUENFÜSSE

Der Fuss gerät beim Fussballspiel in Positionen, welche die Bewegung einschränken oder sogar zu schmerzhaften Verletzungen führen. Die Sportlerin Beth Mead sagte öffentlich an einem Sportevent: «Ich denke, wenn das mit Messi, Ronaldo und Griezmann passiert wäre, würden viel mehr Massnahmen ergriffen.» Dass Problem mit den Schuhen ist schon länger bekannt. Aktuell ist aber der einzige Unterschied bei den Damenmodellen die Farbe – meistens ein grelles Pink. Auch hier wird gern die Methode «Shrink it and pink it» angewandt, was bedeutet: Produkte werden in kleineren Grössen und in der Farbe Pink als «Frauenprodukt» verkauft. An passenden Frauenschuhen wird zurzeit getüftelt, die ersten Modelle soll es aber frühestens im kommenden Sommer geben.

In der Fussballwelt bleibt es aber nicht nur bei den gefährlichen Schuhen. Auch beim Durchsetzen vom Mutterschutz hapert es noch. So musste die isländische Nationalspielerin Sara Björk Gunnarsdóttir (32) für ihr Recht auf Mutterschaftsurlaub sogar bis vors Fussballgericht gehen. Die Sportlerin, die beim Verein Olympique Lyon spielte, erhielt gegen Ende ihrer Schwangerschaft nicht mehr den ihr eigentlich zustehenden Lohn, eine Weile zahlte der Klub gar kein Geld mehr an die Fussballerin. Das Gericht gibt ihr nun recht: Sie erhält eine Entschädigung von rund 83 000 Euro. Obwohl die Fifa seit 2021 einen Mutterschutz für ihre Spielerinnen vorschreibt, hält sich bisher nur eine Minderheit der Klubs daran. Laut Fifa haben Fussballerinnen wie Sara Björk Gunnarsdottir nämlich ein Anrecht auf mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und während dieser Zeit Anspruch auf mindestens zwei Drittel des Monatsgehaltes.

Frauenstreikzahl:

47%

wahrscheinlicher ist es, sich bei einem Autounfall schwer zu verletzen, wenn man eine Frau ist und kein Mann. Der Grund: Autos werden nach Standardgrösse und -gewicht von Männern gebaut.

Gender-Data-Gap: Die Arbeitswelt ist eine Männerwelt

Sexistischer Roboter lässt lieber Frauen sterben

So gefährlich sind sexistische Roboter, aggressive Chemikalien oder unpassende Arbeitskleider im Alltag für Frauen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Der Standard ist der Mann – überall. Auch dort, wohin sexistische Witze die Frauen verbannen: in der Küche. Dort sind die Schränke oft viel zu hoch für die Durchschnittsgrösse einer Frau. Nicht nur zu Hause, sondern auch am Arbeitsplatz ist alles am Mann orientiert. Christine Michel, Fachsekretärin für Gesundheitsschutz bei der Unia, sagt: «Wie gefährlich der Arbeitsplatz für Frauen sein kann, das ist kaum ein Thema. Dazu gibt es schlicht zu wenig Daten.»

Datenlücken können für Frauen tödlich sein.

Diese Datenlücke nennt sich Gender-Data-Gap. Damit wird aufgezeigt, dass Daten zum weiblichen Körper in vielen Bereichen zu wenig oder auch gar nicht berücksichtigt werden. Das ist kein alter Zopf, sondern auch in neusten Technologien der Fall.

KI SORTIERT FRAUEN AUS

Nimmt man Algorithmen und die künstliche Intelligenz (KI) genauer unter die Lupe, fällt auf: Die Systeme sind auch hier nur auf den Mann zugeschnitten und zudem sexistisch. Zum Beispiel die App Lensa, die anhand von Selfies sogenannte Avatare erstellt. Während Männer als Astronauten oder Superhelden dargestellt werden, stehen bei Frauen volle Lippen, grosse Brüste und weitere sexistische Motive im Vordergrund. Doch auch vor der Arbeitswelt macht die Diskriminierung durch KI nicht Halt: In Bewerbungsverfahren werden Dossiers von Frauen durch KI automatisch aussortiert, weil die Jobanforderungen an Männern orientiert sind.

GESCHLECHTERBLIND: Weil der Mann die Norm ist, gehen Frauen oft gleich ganz vergessen, ob beim Küchenbau oder bei der Entwicklung von Algorithmen. FOTO: ISTOCK

Die KI wurde jedoch nicht sexistisch programmiert, sondern widerspiegelt unsere Gesellschaft. KI lernt aus Büchern, Artikeln und Internetseiten. Afke Schouten, KI-Expertin und Dozentin an der Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ), erklärt die künstliche Intelligenz im «Sonntags-Blick»: «Sie liest, wie über Frauen geschrieben wird, welche Rolle sie in unserer Gesellschaft einnehmen und in der Vergangenheit eingenommen haben. Die KI hält uns nur den Spiegel vor.» Auf der Website Moral Machine, lanciert vom Massachusetts Institute of Technology (MIT), entscheiden Nutzerinnen und Nutzer über brenzlige Verkehrssituationen. Etwa, ob bei einem Unfall eine Fussgängerin überleben soll oder die Insassen des Unfallautos. Stellt man dieselben Fragen einem Textroboter, gibt dieser schockierende Antworten: Die künstliche Intelligenz entscheidet sich häufiger dazu, Männerleben zu retten als Frauenleben.

UNGESCHÜTZT IM DIENST

Dieses Beispiel zeigt: Datenlücken können für Frauen tödlich sein. Das belegt auch das Buch «Unsichtbare Frauen» der britischen Journalistin Caroline Criado-Perez (work berichtete: **rebrand.ly/maennerwelt).**

Criado-Perez schreibt in ihrem Buch von einer spanischen Polizistin, die von ihren Chefs gebüsst wurde, weil sie sich selber eine passende kugelsichere Weste zulegte, statt die Standard-Männergrösse zu tragen. Arbeitskleider, besonders in Sicherheitsberufen, sind auf Männer zugeschnitten. So sind kugelsichere Westen, Waffengürtel oder Stiefel für Frauen oftmals viel zu gross. Und hier geht es nicht nur um Komfort. Die unpassende Arbeitskleidung bringt gleich zwei Gefahren mit sich: Erstens sind die Frauen nicht ausreichend geschützt, und zweitens können sie sich aufgrund der Kleiderschnitte nicht gut bewegen. Unia-Gesundheitsschutz-Expertin Michel sagt dazu: «In solchen Branchen muss man die Mitarbeiterinnen bei der Auswahl von passenden Arbeitskleidern besser miteinbeziehen.»

GIFTIGE CHEMIKALIEN

Auch andernorts wird zu wenig hingeschaut: etwa in Nagelstudios. Dort sind fast nur Frauen tätig, häufig Migrantinnen. Sie feilen und lackieren Hunderte Nägel, kennen die gesundheitlichen Folgen ihrer Arbeit aber nicht. An ihrem Arbeitsplatz sind sie täglich giftigen Chemikalien wie Nagellackentfernern oder Gels ausgesetzt. Nach der Arbeit wartet die unbezahlte Arbeit zu Hause, wo sie durch Putzmittel erneut mit Chemikalien in Kontakt kommen. Die Inhaltsstoffe werden oft mit Krebs, Fehlgeburten und Lungenkrankheiten in Verbindung gebracht. Doch erforscht ist dieses Gebiet bisher viel zu wenig.

Unia-Frau Christine Michel betont: «Wo die Daten zur Frau fehlen, müssen sie dringend durch Studien oder Forschungen erhoben werden.» Dabei hilft es aber, dass sich Frauen- und Männerberufe immer häufiger vermischen. «Seit es immer mehr Malerinnen gibt, werden in dieser Branche Risikoanalysen für den Mutterschutz erarbeitet», sagt Michel. So erkenne man Gefahren nicht nur für Schwangere, sondern für Frauen generell.

***BESSER KATZE SEIN:** Was kommt da bloss auf meinen Menschen zu?* FOTO: KEYSTONE

Mietexplosion ab Mitte Jahr – Nebenkosten steigen

Mieten jetzt schon Milliarden zu hoch

Steigende Mieten und Nebenkosten schwächen die Kaufkraft der Lohnabhängigen massiv. Und die Immobilien-Konzerne zocken die Mietenden zusätzlich ab – illegal.

CLEMENS STUDER

Die grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung wohnt zur Miete. Die Wohnkosten sind einer der grössten Ausgabenposten in vielen Haushaltsbudgets, wenn nicht sogar der grösste. Und die Lage verschärft sich, weil jetzt sowohl die Zinsen als auch die Nebenkosten steigen. Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen geben jeden Monat zwischen 25 und 35 Prozent davon fürs Wohnen aus. Sie sind es auch, die am stärksten von Mietzinserhöhungen betroffen sind (work berichtete: **rebrand.ly/sozialpolitische-zeitbombe).**

8 PROZENT MEHR MIETE

Ab 40 Prozent spricht die Wissenschaft von Überbelastung. In den kommenden Monaten werden noch mehr Haushalte diese Budget-Überbelastung erreichen. Das hat mehrere Gründe. Die wichtigsten sind:

● **SNB-Zinserhöhungen.** Nach Jahren von Tief- und Minuszinsen hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) den Leitzins wieder erhöht und SNB-Chef Thomas Jordan hat weitere Erhöhungen bereits angetönt. Damit steigen auch die Hypothekarzinsen. Diese wiederum sind massgebend für den sogenannten Referenzzinssatz. Dieser wird vierteljährlich vom Bundesamt für Wohnungswesen festgelegt. Und zwar auf der Basis des Durchschnittssatzes der Hypothekarzinsen. Weil viele Hypothekarkredite mittel- oder längerfristige Laufzeiten haben, wirkt sich ein Anstieg der Hypothekarzinsen erst verzögert aus. Die Erhöhung des Referenzzinses um ein Viertelprozent berechtigt die Immobilienbesitzenden zu einer Mietzinserhöhung von 3 Prozent auf den nächsten Kündigungstermin, falls der dem Mietvertrag zugrunde liegende Referenzzinssatz tiefer ist oder in der Vergangenheit Senkungen des Referenzzinssatzes weitergegeben wurden.

Die Grossbank UBS ging bereits im vergangenen Oktober von einer Erhöhung des Referenzzinssatzes im kommenden März von aktuell 1,25 Prozent auf 1,5 Prozent aus und von einer weiteren Erhöhung im September auf 1,75 Prozent. Auch die Teuerung seit der letzten Mietzinserhöhung dürfen Hauseigentümer zu 40 Prozent auf die Mietenden überwälzen. Referenzzinssatzerhöhung und Teuerung zusammengenommen, gehen die UBS-Ökonominnen und -Ökonomen von einem Anstieg der aktuellen Mieten um 4 bis 5 Prozent ab kommendem Juli aus. Bis Ende 2023 könnten die Mieten aus bestehenden Verträgen gar um bis zu 8 Prozent steigen.

● **Wohnungsknappheit.** In der Schweiz fehlen Wohnungen. Und der Wohnungsmangel dürfte sich weiter zuspitzen. Das Beratungsunternehmen Wüest Partner berichtet in seinem «Winter-Update 2022» von einem weiter abnehmenden Wohnungsangebot – unterdessen ist es so tief wie seit 2013 nicht mehr. Das führt dazu, dass wer neu eine Wohnung sucht, grosse Mühe hat, eine bezahlbare Bleibe zu finden. Und es erschwert oder verunmöglicht es den Mietenden, aus einer teurer werdenden Wohnung in eine günstigere zu wechseln. Denn die sogenannten Marktmieten steigen aufgrund des knappen Angebotes weiter stark.

● **Nebenkosten.** Die Energiepreise sind in den vergangenen Monaten stark gestiegen. Wer mit Gas heizt, bekommt das bei der nächsten Nebenkostenabrechnung unmittelbar zu spüren. Mietende, deren Wohnungen mit Öl geheizt werden, werden später zur Kasse gebeten. Und wer bei einem Stromversorger ist, der sich, statt eigenen Strom zu produzieren, auf dem «freien Markt» eindeckt, merkt es bereits an den Stromabrechnungen. Die Grossbank Credit Suisse ging bereits im Sommer von einer Steigerung der Nebenkosten um bis zu 40 Prozent aus. Besonders betroffen sind Mietende in energetisch schlecht unterhaltenen Wohnungen.

2021 zahlten Mietende durchschnittlich 370 Franken zu viel – pro Monat!

DER ELEFANT IM RAUM

Die Wohneigentumsquote in der Schweiz ist im internationalen Vergleich relativ gering: Nur rund 36 Prozent aller dauernd bewohnten Wohnungen werden von ihren Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnt. Das ist der geringste Anteil unter allen europäischen Ländern. Auch darum und wegen des relativ schwachen Schutzes von Mieterinnen und Mietern ist die Schweiz ein Abzockerparadies für Immobilien-Investorinnen und -Investoren. Bei der Eigentumsquote gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen Stadt, Agglomeration und ländlichen Gebieten. Gerade in städtischen Gebieten ist sie oft noch niedriger. Mit entsprechenden Folgen für Haushalte mit niedrigen oder mittleren Einkommen.

GESETZESWIDRIG

In den vergangenen Jahren mit Tiefstzinsen hätten die Mieten eigentlich von Gesetzes wegen sinken müssen. Doch das Gegenteil war der Fall. Eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS, nachzulesen hier: **rebrand.ly/bass-mieten)** hat untersucht, um wie viel die Mieten zwischen 2006 und 2021 gemäss Mietrecht hätten ansteigen dürfen – und wie stark die Aufschläge tatsächlich waren. Erschreckendes Ergebnis: Seit 2006 haben Vermieter insgesamt 78 Milliarden Franken zu viel kassiert. Allein 2021 bezahlten Mietende schweizweit 10 Milliarden zu viel: Das macht pro Monat und vermietete Wohnung durchschnittlich 370 Franken – pro Jahr 4400 Franken!

Dabei wäre die Sache klar geregelt, zumindest auf dem Papier. Aktuell dürfte die Maximalrendite der Hausbesitzerinnen und -besitzer 3,25 Prozent betragen. Die Studie weist aber nach, dass im untersuchten Zeitraum die durchschnittliche Rendite bei 6,2 Prozent lag. Renditen von 6 oder 7 Prozent sind also an der Tagesordnung. Grosse Immobiliengesellschaften ziehen aus ihren Liegenschaften gar Profite im zweistelligen Prozentbereich.

Würde das geltende Recht durchgesetzt, würde die Kaufkraft der Mietenden pro Jahr um mindestens 10 Milliarden Franken gestärkt. Jetzt landen diese Milliarden mehrheitlich in den Taschen der Immobilienkonzerne und deren Aktionariat.

Mietrecht: Nach Wunschzettel der Immo-Lobby

Die Immobilienlobby gehört zu den einflussreichsten im Bundeshaus. Darum ist das Mietrecht so mieterunfreundlich. Und die Hauseigentümerinnen und -eigentümer wollen immer noch mehr. In der vergangenen Session war ein ganzer Wunschzettel der Immobilienhaie traktandiert, wurde dann aber verschoben. work hat die geplanten Angriffe auf die Rechte von Mieterinnen und Mietern hier dokumentiert: **rebrand.ly/immo-haie.** Der Hauseigentümerverband als politische Speerspitze der Immo-Lobby wendet bei seiner Argumentation das Modell des Gewerbeverbandes an: Sie schieben die «Kleinen» vor, um das Geschäft der Immobilienkonzerne zu betreiben. (cs)

Streik im Kanton Waadt

Regierung geizt bei den Löhnen

Lehrerinnen, Pfleger, Polizistinnen und Gefängniswärter: Staatsangestellte aus den unterschiedlichsten Berufen haben im Kanton Waadt für den Teuerungsausgleich gestreikt.

SYLVIANE HERRANZ*

Die Arroganz, Respektlosigkeit und Verachtung seitens ihres Arbeitgebers – des Kantons – machen die Waadtländer Beamtinnen und Beamten hässig. Der Konflikt zwischen der Waadtländer Regierung und dem Staatspersonal hatte sich schon seit Wochen hochgeschaukelt. Jetzt haben Zehntausende Lehrerinnen und Lehrer am 31. Januar im ganzen Kanton Waadt ihre Arbeit niedergelegt. Für Tausende Schülerinnen und Schüler der Primar- und Oberstufen sowie Gymnasien fiel der Unterricht aus. Erstmals

***ES BRODELT:** Tausende gingen am 31. Januar in Lausanne auf die Strasse.* FOTO: KEY

seit der Coronapandemie streikten auch Mitarbeitende des Universitätsspitals, CHUV. Auch Polizistinnen und Gefängniswärter schlossen sich dem Protest an.

Der Grund für ihre Wut: Ihre Löhne wurden um lediglich 1,4 Prozent an die Teuerung angepasst. Einer der niedrigsten Sätze aller öffentlichen Einrichtungen des Landes. Die Streikenden fordern eine Anpassung der Löhne, die dem Anstieg des Landesindexes der Konsumentenpreise zwischen Oktober 2021 und Oktober 2022 entspricht, also 3 Prozent. Aber es geht längst nicht nur ums Geld. Es geht auch um permanenten Druck, ausgedünnte Teams und mangelnde Wertschätzung.

DOPPELT SO VIELE STREIKENDE

Bereits am 23. Januar hatten über tausend Lehrerinnen und Lehrer von rund dreissig Schulen und Gymnasien die Arbeit niedergelegt, auch Lernende beteiligten sich an den Protesten. Zum Streik aufgerufen hatten die Gewerkschaft VPOD und die Gewerkschaftsbünde der Staatsangestellten. Laut ihnen hat sich die Zahl der Streikenden vom ersten zum zweiten Streiktag verdoppelt.

Statt des vollen Teuerungsausgleichs zahlt der Kanton nur 1,4 Prozent mehr Lohn.

Nebst der vollständigen Anpassung der Löhne an die Teuerung wollen die Streikenden Verhandlungen mit der Regierung über deren «autoritäre Entscheidungen». Nach dem ersten Streiktag hatte Regierungspräsidentin Christelle Luisier (FDP) mitgeteilt, dass es nicht in Frage komme, die Beschlüsse rückgängig zu machen, und dass die Regierung die Lohnverhandlungen auf nächsten November verschoben habe. Man habe ausserdem bereits 182 Millionen Franken für Lohnerhöhungen bereitgestellt, mehr Geld gebe es nicht. Sie sei aber bereit, über andere Themen zu diskutieren: die Bekämpfung von Mobbing und Belästigung am Arbeitsplatz, Lohngleichheit, Nachtarbeit und Schutz von Whistleblowern.

Doch die Streikbewegung macht die Regierung, in der seit dem Sommer 2022 die FDP und Die Mitte die Mehrheit bilden, zunehmend nervös. Und die Gewerkschaften rufen für den 9. Februar erneut zu Streiks, Aktionen und Demonstrationen auf.

* Dieser Artikel erschien zuerst in der französischen Unia-Zeitung «L'Événement syndical».

Wirtschafts-Interventionen

Die EU lernt dazu

Staatliche Interventionen der Europäischen Union sind nicht neu. In den Jahren nach dem Crash der Finanzwirtschaft von 2008 intervenierte die EU in vielen Ländern und verlangte brutale Sparpakete und eine Senkung der Löhne. Das Resultat dieses neoliberalen Interventionismus war desaströs: Millionen zusätzliche Arbeitslose und Arme. Und eine geschwächte EU.

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

AUFBAUFONDS. Aber die EU-Führung hat dazugelernt. In der Coronakrise entwickelte sie 2020 eine neue Politik: Mit dem SURE-Fund stützte die EU die Arbeitslosenversicherungen der Länder und ermöglichte die Einführung von Kurzarbeit. Mit dem ESM-Fund stützte sie die explodierenden Gesundheitsausgaben von Mitgliedländern mit zinsgünstigen Krediten. Mit dem 750 Milliarden starken Recovery Fund half die EU die Wirtschaft wieder anzuschieben und Arbeitslosigkeit abzubauen. Erstmals nahm sie dafür gemeinsam Kredite zur solidarischen Verteilung auf zugunsten der wirtschaftlich schwächeren Länder.

2022 folgte die nächste Krise und folgten die nächsten Interventionen: Auf die Explosion der Energiepreise antwortete die EU mit Preisdeckeln für Erdgas und für Erdöl. Hinzu kam eine Verordnung zur Besteuerung der exorbitanten «Übergewinne» der Energiekonzerne. Natürlich ging das in der EU als Verbund von 27 Staaten nicht so schnell, und es brauchte immer mehrere Anläufe. Die gescheiterten Anläufe vermeldeten Schweizer Medien jeweils hämisch. Zu Unrecht. Die EU hat einige unkonventionelle Massnahmen beschlossen und umgesetzt: Deutschland, Italien, Spanien und andere Länder schöpfen die Übergewinnsteuern nun vorübergehend ab. Die EU-Massnahmen für die Deckelung der Energiepreise haben deren Steigen gedrosselt.

Im Investitionspaket der EU für einen «Green Deal» kommen die sozialen Bedingungen bisher nicht vor.

INVESTITIONSPAKET. Und jetzt diskutiert die EU die nächste Intervention: ein «industriepolitisches» Paket. Damit will sie die Ökonomie erneut ankurbeln und den ökologischen Umbau voranbringen.

Charles Michel, Präsident des EU-Parlaments, sagt: «Kein Land kann dies alleine stemmen – es geht nur gemeinsam.» Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schwebt ein «Gemeinschaftsfonds für den Green Deal» vor. Dieses neuste Projekt ist auch eine Reaktion auf das riesige Subventionsprogramm von Präsident Joe Biden für US-amerikanische Firmen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund ist natürlich für diesen Gemeinschaftsfonds, kritisiert aber: «Von der Leyen war schnell in der Ansage neuer Gelder, aber von sozialen Bedingungen hört man nichts.» In Bidens Subventionspaket sind solche vorgesehen.

Den vollen Teuerungsausgleich verweigern, aber sich selbst rühmen:

So heuchlerisch sind Coop & Migros

Die Grossverteiler ignorieren die Anliegen der Mitarbeitenden, zahlen zu tiefe Löhne – jammern aber über Personalmangel.

CLEMENS STUDER

KEIN SCHOGGI-JOB: Tieflöhne und Stress sind die häufigsten Kündigungsgründe im Detailhandel. FOTO: KEYSTONE

Coop und Migros rühmen öffentlich ihre Arbeitsbedingungen. Trotzdem laufen ihnen die Mitarbeitenden davon. Jetzt zeigt eine Bankenstudie: Sie wissen genau, warum. Weil ihre Arbeitsbedingungen zu schlecht sind. Dabei haben Coop und Migros von den Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie profitiert. Dank dem unermüdlichen Einsatz ihrer Mitarbeitenden. Und auch nach dem Ende der Pandemie-Massnahmen laufen die Geschäfte blendend. Zum Teil konnten die Detailhändlerinnen sogar ihre Marge ausbauen. Bei Schweinefleisch, Käse oder Fisch sind die Preise im Einzelhandel stärker gestiegen als bei den Produzierenden. Kein Wunder, vermelden die Detailhandelsriesen Rekordumsätze. Die Mitarbeitenden hingegen verdienen nicht mehr, sondern real sogar weniger! Denn Coop und Migros verweigerten ihnen den vollen Teuerungsausgleich.

SIE WISSEN'S

Entgegen ihren Verlautbarungen wissen auch die Detailhandels-Chefinnen und -Chefs genau, warum ihnen zunehmend die Mitarbeitenden fehlen und der Druck auf die verbleibenden weiter steigt. Das zeigt die Studie zum Detailhandel, die das Beratungsunternehmen Fuhrer & Hotz im Auftrag der Credit Suisse erstellt hat. Die Studie bestätigt, was die Gewerkschaften schon lange sagen: Die Arbeitsbedingungen sind so unvorteilhaft, dass geht, wer kann. Auf die Frage, welche Begründung Kündigende für ihren Entscheid anführen, melden die Personalabteilungen: Fast 70 Prozent gehen wegen «unbefriedigender Arbeitsbedingungen». Darunter werden zusammengefasst: «zu hohe Arbeitsbelastung», «zu tiefer Lohn», «unpassende Arbeitszeiten», «zu viele Randstunden», «zu unstetig». Das deckt sich mit den Erkenntnissen und Forderungen der Gewerkschaften. Oder, wie es diejenigen formulieren, welche die Bankenstudie verfasst haben: «Somit scheint es keine Diskrepanz zwischen den von den Arbeitnehmern genannten Gründen und der Wahrnehmung der Arbeitgeber zu geben.»

«Kein Wunder, laufen der Branche die Leute davon.»

VÉRONIQUE POLITO, UNIA-CHEFIN TERTIÄR

REALE LOHNKÜRZUNG

Trotzdem scheinen die Chefinnen und Chefs das Problem so lange als möglich aussitzen zu wollen. Obwohl schon allein die demographische Entwicklung den Kampf um Mitarbeitende verschärfen wird. Denn der Detailhandel hat zwar im Vergleich mit anderen Branchen einen relativ hohen Anteil an jungen und jüngeren Mitarbeitenden. In den nächsten Jahren werden aber rund 20 Prozent der heutigen Erwerbstätigen in Rente gehen. Offenbar – auch das tönt die Studie an – hofft ein Teil der Verantwortlichen, mit Automatisierung und Digitalisierung (zum Beispiel Selfscanning) Mitarbeitende einzusparen. Und damit Lohnkosten und Investitionen in die Arbeitsbedingungen.

Wenig erstaunt über den Personalmangel im Detailhandel ist Unia-Tertiär-Chefin Véronique Polito. Sie sagt: «Wer nicht einmal die Teuerung ausgleicht, muss sich nicht wundern, wenn Arbeitskräfte sich andere Branchen suchen. Die Detailhandelsriesen haben es selber in der Hand, sich als attraktivere Arbeitgeberinnen zu positionieren.» Die Unia-Frau erinnert auch daran, dass die Produktivität im Detailhandel seit 2020 nach Schätzungen um 6 Prozent gestiegen ist. Und jetzt stehen die Mitarbeitenden auch noch mit weniger Geld im Portemonnaie da als vor der Coronakrise, in der sie ihren Arbeitgeberinnen Rekordumsätze beschert haben. Besonders stossend, so Unia-Frau Polito: «Im Detailhandel ist der Anteil Niedriglohnbeziehender doppelt so hoch wie im Schweizer Durchschnitt. Zwei Drittel des Personals sind weiblich. Ihre niedrigen Einkommen vergrössern die allgemeine Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern, die immer noch bei rund 20 Prozent liegt.»

Mehr zu den Löhnen im Detailhandel und in anderen Unia-Branchen auf **Seite 14 und 15.**

Mindestlohn in der Stadt Zürich in Griffweite

23.90 Franken pro Stunde für (fast) alle

Die Initiative von Gewerkschaften und fortschrittlichen Parteien wirkt: Der Mindestlohn für die Stadt Zürich ist auf gutem Weg.

CLEMENS STUDER

Zürich ist ein teures Pflaster. Je nach Ranking ist sie die teuerste oder die zweitteuerste Stadt der Schweiz nach oder vor Genf. Trotzdem verdienen rund 17 000 Menschen, die in Zürich arbeiten, weniger als 4000 Franken brutto pro Monat für eine 100-Prozent-Stelle. Sie sind Working Poor, also arm trotz Arbeit. Das ist unwürdig. Deshalb haben Gewerkschaften, fortschrittliche Parteien und Hilfswerke die Initiative «Ein Lohn zum Leben» eingereicht. Diese verlangt einen Mindestlohn in der Stadt Zürich von 23 Franken. Die Zürcher Stadtregierung hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der aber unverständlicherweise Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren ohne abgeschlossene Ausbildung davon ausschliesst. Dieser Gegenvorschlag ist jetzt in der zuständigen Parlamentskommission angenommen worden – mit den Stimmen von Linken und Grünen und der Mitte/EVP-Fraktion. Und er berücksichtigt in der Kommissionsfassung bereits die Teuerung und legt den Mindestlohn auf 23.90 Franken fest. Das Geschäft kommt nun vor das Gemeindeparlament. Serge Gnos, Co-Leiter Unia Zürich-Schaffhausen, sagt dazu: «Es ist erfreulich, dass die Mehrheit der Kommission anerkennt, dass es in Zürich einen Mindestlohn braucht, der zum Leben reicht.»

17 000 Angestellte in der Stadt Zürich verdienen weniger als 4000 Franken.

DAS ABSOLUTE MINIMUM

Nicht zufrieden sind die Initiantinnen und Initianten mit den Einschränkungen für junge Menschen. Und bei der vorgesehenen zweijährigen «Schonfrist» bei der Mindestlohneinführung für KMU in «schwieriger wirtschaftlicher Situation» orten sie Missbrauchspotential. Gnos: «Da werden wir genau hinschauen müssen.» Ziehen die Initianten jetzt ihre Initiative zurück? Unia-Mann Gnos sagt dazu: «Für einen solchen Entscheid ist es noch zu früh. Wir erwarten, dass das Gemeindeparlament die kleinlichen Einschränkungen für Junge korrigiert. Das ist ein neues Schlupfloch für Lohndumper.» Und überhaupt: «Der Gegenvorschlag in der vorliegenden Form ist das absolute Minimum.» Übrigens: Die gleiche Initiative wurde auch in Winterthur eingereicht. Auch dort beantragt die Stadtregierung einen Gegenvorschlag. Allerdings soll es statt 23 Franken, wie die Initiative verlangt (oder 23.90 Franken, wie sie im Zürcher Gegenvorschlag stehen), nur einen Mindestlohn von 21.60 Franken geben. Dazu Serge Gnos: «Es ist überhaupt nicht einsichtig, warum 20 Kilometer von Zürich entfernt die Lebenskosten 10 Prozent tiefer sein sollten.»

Mindestlöhne: Rechter Sturmlauf

Mindestlöhne sind den rechten Parteien ein Dorn im Auge. Darum bekämpfen sie diese auf nationaler, kantonaler und städtischer Ebene. Aktuell mit einer vom nationalen Parlament überwiesenen Motion von Mitte-Ständerat Erich Ettlin, die kantonale Mindestlöhne übersteuern will, wenn die besser sind, als in einem allgemeinverbindlich erklärten GAV festgelegt. Bedroht sind dadurch aktuell die kantonalen Mindestlöhne in Neuenburg und Genf (work berichtete: **rebrand.ly/frontalangriff).** Als Beispiel möglicher Auswirkungen wird dort der Hinterrücks-GAV von Syndicom mit der Lohndrücker-Bude Smood angeführt. Etwas verkürzt.

BLAUPAUSE. Deshalb hier noch ausführlich die Mechanik dahinter: Der Smood-GAV ist ein Firmen-GAV. Solche können logischerweise nicht allgemeinverbindlich erklärt werden. Allerdings scheint die Syndicom ihn als Blaupause für einen Branchen-GAV nehmen zu wollen. Wörtlich schrieb sie beim Abschluss: «Er (der Smood-GAV) setzt auch ein wichtiges Zeichen für die gesamte Branche. Derzeit laufen Verhandlungen über einen branchenweiten Gesamtarbeitsvertrag für Kurierdienste.» Sollte also dieser Branchen-GAV auf der Basis des Smood-Firmen-GAV zustande kommen und allgemeinverbindlich erklärt werden, würde er nach dem Ettlin-Modell die Mindestlöhne in Genf und Neuenburg übersteuern. Übrigens: Wer sich selber ein Bild machen möchte, wie sich der Hauruck-GAV vom Gastro-GAV und den Empfehlungen der Genfer Behörden unterscheidet, kann das hier nachlesen: **rebrand.ly/syndicom-smood.** (cs)

PROTEST IN PARIS: Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften eifert Macron der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher nach. FOTO: GETTY

Frankreich: Millionen-Protest wegen Rentenklau

Geeint gegen den eisernen Macron

Präsident Macron will eine Rentenreform zur entscheidenden Schlacht gegen Gewerkschaften und Linke machen. Dafür hat er die Demokratie auf «Off» gestellt.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat geschafft, was lange unmöglich schien: Er hat die acht verfeindeten Gewerkschaftsverbände des Landes und ihre 250 Gewerkschaften zusammengebracht. Gegen sich und seinen Rentenabbau. Von den linken CGT und SUD-Solidaires über die sozialliberale CFDT bis hin zur FO, den Christlichen und Kaderverbänden.

Ihr gemeinsamer Streik vom 19. Januar hatte das Land teilweise lahmgelegt, mehr als 1,5 Millionen Menschen hatten in 180 Städten gegen Macrons Rentenreform demonstriert. Am 31. Januar aber, dem zweiten Akt, wurde erst richtig deutlich, welch immenser Zorn dem neoliberalen Regime heute entgegenschlägt. Deutlich mehr als 2 Millionen gingen auf die Strasse. In Paris erstreckten sich die Demo-Züge über neun Kilometer. In Marseille machten die Docker den Hafen dicht, zogen ihre gelben Westen über und übernahmen die Spitze einer riesigen Demo. Eine Krankenpflegerin sagte dort: «Ich habe noch nie demonstriert. Heute melden sich die Geopferten zu Wort.» Elektrizitätwerksarbeitende im Norden des Landes stellten für eine Stunde den Strom eines Industriegebietes ab, «als Warnung». Flüge mussten gestrichen werden. Züge, auch TGV, fuhren nur sporadisch. In der Pariser Métro fuhren nur die automatischen Linien 1 und 14. Wie schon bei den Inflationsstreiks im Dezember bildeten die Arbeitenden der Raffinerien und der AKW die Vorhut. Die Stromproduktion sank, viele Spritdepots blieben zu. Fünf grosse Universitäten wurden besetzt. Schülerinnen und Schüler blockierten mehr als 200 Gymnasien, obschon die Polizei zuvor mehrmals in die Schulen eingedrungen war, um Leute zu verhaften. Macrons Gedankenpolizei überwacht die Jugend wie Milch auf dem Herd. Ihre Revolte könnte leicht einen Aufstand à la Gelbwesten entfachen.

Arbeitende in den Elektrizitätswerken kappten für eine Stunde den Strom.

Die massive soziale Bewegung ist bemerkenswert, weil sich viele Bürgerinnen und Bürger aus Furcht vor Polizeigewalt und repressiven Sicherheitsgesetzen nicht mehr auf die Strasse wagen. Andere können sich einen Streiktag bei hoher Inflation und tiefen Löhnen nicht leisten.

UNNÖTIG, BRUTAL, ASOZIAL

Mit einem riesigen Propagandaapparat hatte Macron Frankreich auf seinen Rentenabriss vorbereitet. Und obschon alle grossen Medien längst seinen Milliardärsfreunden gehören, nahm der Widerstand Woche um Woche zu. Inzwischen lehnen 72 Prozent der Bevölkerung die Erhöhung des Rentenalters ab und sogar 93 Prozent der Lohnarbeitenden. Die Fiktion der Regierung, es gehe darum, das Sozialsystem zu retten, ist in sich zusammengefallen. Keine Ökonomin von Verstand, kein Rentenspezialist, keine Sozialforscherin möchte sie heute verteidigen. Hunderte von Persönlichkeiten haben den Plan Macrons in öffentlichen Stellungnahmen als unnötig, brutal und asozial entlarvt.

Ein Defizit von 12 Milliarden im Jahr 2027? Pure Fiktion, findet sogar die staatliche Fachkommission Renten (COR). Allein die Reserven des Systems würden das leicht auffangen. Und nur schon die überfällige Durchsetzung des Rechts auf Lohngleichstellung würde 6 Milliarden zusätzlich in die Kassen spülen. Pro Jahr. Hingegen verschärft Macrons Reform die Diskriminierung der Frauen. Rentenalter 64? Absurd. Es würde Millionen in die Sozialhilfe drücken – nur gerade ein Drittel der 60- bis 64jährigen haben heute einen Job. Ohnehin sind 30 Prozent der Männer mit tiefen Einkommen mit 64 bereits tot.

Dies alles und mehr macht klar: Macron geht es nicht um die Rettung, sondern um die Zerschlagung des Sozialsystems. Allein die Altersvorsorge generiert jedes Jahr Beiträge von 346 Milliarden Euro. Ein Riesenschatz, den sich etwa der weltgrösste Pensions- und Investmentfonds Black Rock gerne unter den Nagel reissen würde. Macron hat ihnen 2017 die Privatisierung versprochen.

VORBILD THATCHER

Also sucht der Präsident die Provokation. Seiner Premierministerin Elisabeth Borne liess er zum Auftakt der Parlamentsdebatte ausrichten, über das Rentenalter könne nicht mehr diskutiert werden. «Was tun wir dann hier überhaupt?» motzte eine Abgeordnete. Dann schickte Macron seinen manisch-repressiven Innenminister Gérald Darmanin in die Arena. Der nannte die Gegner der Reform «Champagner-Linke, die nicht arbeiten wollen und das Chaos planen». Ob sich die 93 Prozent der Arbeitenden, die gegen die Erhöhung des Rentenalters stehen, als faule Champagner-Trinker und Chaoten wiedererkennen?

Für das Chaos ist eher Darmanin selbst zuständig. Denn Macron sucht seinen «Thatcher-Moment». 1984/85 hatte die britische Premierministerin Margaret Thatcher den Streik der Bergarbeiter so nachhaltig niedergeknüppelt, dass die Gewerkschaften in existentielle Nöte geraten waren und die Linke sich selbst neoliberal sabotierte. Macron weiss, dass er gegen die Bevölkerung regiert. Das ist in seinem autoritär-neoliberalen Projekt angelegt. Demokratisch hat es keine Chance. Egal, seit seiner Wiederwahl im April 2022 hat Macron elf Gesetzesverschärfungen per Notstandsparagraphen am Parlament vorbei erzwungen.

Nun hat der Präsident klargemacht, dass er die Rentenvorlage nicht zurücknimmt, selbst wenn die soziale Bewegung noch stärker wird. Ein Referendum, wie es die linksgrüne Koalition Nupes verlangt, schlug er aus. Macron will die Entscheidungsschlacht gegen Gewerkschaften, Opposition und Gesellschaft. Deshalb verschärfen die Gewerkschaften den Konflikt. Am 7. Februar ist der nächste Streiktag angesagt, am 11. steigt Akt 3 der Demonstrationen. Bis dahin rufen die Gewerkschaften zu Aktionen, Blockaden, Firmenstreiks auf. Ein Marseiller Lehrer, Mitglied der CGT, erklärt das so: «Die einzigen, die Macron etwas abringen konnten, waren 2019 die unkontrollierbaren Gelbwesten.»

Innenminister Darmanin hat vorgesorgt. Für seine 32 000 Polizisten hat er reichlich Munition bestellt, darunter 10,2 Millionen Gas- und Schockgranaten.

la suisse existe
Jean Ziegler

HELVETISCHE HEUCHELEI

Die Schweiz ist ein faszinierendes, hin und wieder merkwürdiges Land. Davon zeugte die erste Intervention der helvetischen Uno-Botschafterin Pascale Baeriswyl im Uno-Sicherheitsrat am 1. Januar. Der Rat tagte in einer ausserordentlichen Dringlichkeitssitzung. Einziges Traktandum: die jüngsten Menschenrechtsverletzungen der israelischen Regierung, insbesondere die völkerrechtswidrige Provokation des neuen Sicherheitsministers Itamar Ben-Gvir am 30. Dezember. Er war unter massivem Polizeischutz auf den Tempelberg und den Vorplatz der Al-Aksa-Moschee gekommen. Damit demonstrierte er die Herrschaft der Besatzungsmacht auch über diese zweitheiligste Stätte der Muslime. Nach ihrem Glauben war der Prophet Mohammed von dort in den Himmel aufgestiegen, um von Gott die heilige Schrift des Korans offenbart zu erhalten.

EDA-Generalsekretär Markus Seiler manipuliert den überforderten Aussenminister Ignazio Cassis.

STAATSTERRORISMUS. Richard Falk, Ex-Sonderberichterstatter des Uno-Menschenrechtsrates und neben Noam Chomsky der wohl prominenteste jüdische Intellektuelle der USA, bezeichnet Israels Strategie in den besetzten palästinensischen Gebieten als Staatsterrorismus. Israel foltert systematisch politische Gefangene, erschiesst Verdächtige und bombardiert periodisch das überfüllte Ghetto von Gaza. Die fortschreitende Kolonisierung wird befördert durch Landraub und Plünderung der Grundwasserreserven.
Die Intervention von Botschafterin Baeriswyl dauerte genau zweieinhalb Minuten. Klug, klar und präzis verurteilte sie die israelische Politik. Dabei stimmen die Botschafterinnen und Botschafter im Sicherheitsrat nicht nach freiem Willen, sondern nach Instruktion ihrer jeweiligen Regierung ab. Baeriswyls Intervention sind intensive Gespräche mit Bundesbern vorausgegangen. Dabei war allen bewusst, dass die Schweizer Verurteilung eine offensichtliche Heuchelei ist.

KOMPLIZEN. Die Schweiz betreibt eine intensive Rüstungszusammenarbeit mit der israelischen Armee. Gemeinsam entwickeln sie hocheffiziente Kampfdrohnen. Die Schweiz integriert sie in die eigene Luftwaffe, Israel nutzt sie zur Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung. Wie ist diese Komplizenschaft mit der israelischen Besatzungsmacht möglich? Einer der Hauptverantwortlichen ist Markus Seiler, der Generalsekretär des Aussendepartements. Der ehemalige Chef des Nachrichtendienstes manipuliert den überforderten Aussenminister Ignazio Cassis. Der pensionierte Botschafter Georges Martin nannte ihn einmal in einem Interview den «Rasputin» im Bundeshaus. Die Heuchelei ist unseres Landes unwürdig. Die israelisch-schweizerische Waffenproduktion — und damit unsere Nähe zu der schrecklichen Repression des palästinensischen Volkes — ist eine Schande für die Eidgenossenschaft.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam letzten Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

HEIMKEHR: Eine spanische Arbeiterin wartet in Basel mit ihren Kindern auf das Flugzeug nach Hause. FOTO: KEYSTONE

Versteckte Kinder: Viel mehr Betroffene als gedacht

Ein lang verdrängtes Massenphänomen

Rund 50 000 Kinder mussten sich wegen des Saisonnierstatuts in der Schweiz verstecken – fünf Mal mehr als bisher angenommen.

JONAS KOMPOSCH

Ihren ersten Schultag in der Schweiz wird Catia Porri nie vergessen, damals 1962. Der Lehrer demütigte sie mit einem Deutschdiktat, und auf dem Pausenplatz plagten sie die Einheimischen als «Tschinggeli» (siehe Interview rechts). Das traf die zwölfjährige Neuzuzügerin heftig. Denn sie war die einzige Ausländerin an der Schule. Zwar hatte bereits jede siebte Stadtzürcherin, jeder siebte Stadtzürcher einen ausländischen Pass. Doch das waren primär Erwachsene. Und den Saisonniers, die nicht zur ständigen Wohnbevölkerung zählten, war der Familiennachzug verboten. So bestimmte es das sogenannte Saisonnierstatut, das 1934 in Kraft trat und erst 2002 endgültig abgelöst wurde – durch die Personenfreizügigkeit mit der EU und die sie flankierenden Massnahmen zum Lohnschutz.

> **«Das Verstecken war ein Akt des Widerstands – gegen ein Attentat auf die Familie.»**
> TESORO-PRÄSIDENTIN PAOLA DE MARTIN

FALSCHE ANNAHMEN

Seine verheerendste Wirkung entfaltete das Statut im Wirtschaftsboom der Nachkriegsjahre. Die Schweiz rief nach Arbeitskräften. Aber nicht nach Familien. Die Bauarbeiter, Fabrikarbeiterinnen und Servicemitarbeitenden aus dem armen Süden sollten hier keinesfalls Wurzeln schlagen. «Überfremdung» hiess das Schlagwort der Stunde. Auch Porris Anwesenheit wurde bald als illegal taxiert. Es folgten Jahre des Versteckens. Rund 10 000 versteckte Kinder sollen von 1934 bis 2002 in der Schweiz gelebt haben. Davon gingen Schätzungen bisher aus. Doch dann trat Historiker Toni Ricciardi auf den Plan.

Er ist einer der renommiertesten Migrationsforscher und Kenner der schweizerisch-italienischen Beziehungen. An der Universität Genf forschte er bis vor kurzem zur Fremdplazierung von Saisonnierkindern im Wallis und dem Tessin. Die Studie ist Teil des Nationalen Forschungsprogramms «Fürsorge und Zwang» und wird demnächst publiziert. Schon jetzt ist einer ihrer zentralen Befunde bekannt: Allein im Zeitraum von 1949 bis 1975 lebten in der Schweiz bis zu 50 000 Kinder versteckt. Die alte Schätzung war also viel zu konservativ. Seine Zahl ermittelte Ricciardi gestützt auf Statistiken von Bund und Kantonen. Diese gaben zwar keinen direkten Aufschluss über die Anzahl «illegaler» Kinder, wohl aber über jene der Saisonniers, die in dieser Zeit in die Schweiz kamen: 2 Millionen waren es. Diese Zahl verknüpfte Ricciardi mit den jeweiligen Geburtenraten sowie anderen Daten, etwa zur Fremdplazierung, und kam so auf 50 000 versteckte Kinder. Diese sind aber nur das bekannteste Phänomen eines viel komplexeren Problems.

2 MILLIONEN OPFER

Die meisten Saisonnierkinder lebten nämlich nicht im Verborgenen, sondern bei Verwandten in der Heimat. Oder in Heimen jenseits der Grenze oder in der Schweiz. Auch ihre Zahl hat Ricciardi ermittelt: «Zusammen muss man von einer halben Million Kindern ausgehen.» Betroffen waren grossmehrheitlich Italienerinnen und Italiener. Der Historiker erklärt: «Bis Ende der 1960er stammten über 90 Prozent der Saisonniers aus Italien. Die Migration aus Spanien kam erst zehn Jahre später mit dem Ende der Franco-Diktatur richtig in Fahrt.» Ab dieser Zeit bestellten Unternehmen «ihre» Saisonniers auch aus dem damaligen Jugoslawien und zuletzt auch aus Portugal. Auch für sie war ein normales Familienleben oft nicht möglich. Da sie aber mehrheitlich erst nach 1975 einwanderten, fallen sie nicht mehr in Ricciardis Untersuchungszeitraum. Er sagt aber: «In den 68 Jahren des Saisonnierstatuts lebten wohl 1 bis 2 Millionen Kinder von ihren Eltern getrennt oder versteckt.» Es handelt sich also um ein Massenphänomen von bisher völlig verkannter Dimension. Und die Folgen belasten die Familien bis heute.

MISSBRAUCHT IM HEIM

Hier setzt der Verein Tesoro an. Betroffene des Saisonnierstatuts und Verbündete gründeten ihn im Oktober 2021. Vorausgegangen war eine Antwort der damaligen Justizministerin und SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga auf einen offenen Brief der heutigen Tesoro-Präsidentin Paola De Martin. Die Italoschweizerin war noch ein Baby, als die Fremdenpolizei sie ihren Eltern entriss. Von der Bundesrätin hatte De Martin eine gründliche Aufarbeitung dieser weitgehend verdrängten Landesgeschichte gefordert. Doch Sommaruga meinte, dies sei «zurzeit nicht vorgesehen», ein entsprechender Auftrag müsse das Parlament erteilen. Darauf wollte Tesoro nicht warten, sondern wurde selber tätig. Nun hat Historiker und Tesoro-Vorstandsmitglied Ricciardi den Anfang gemacht. Am Ziel ist der Verein damit noch nicht. Schliesslich stehen eine finanzielle Entschädigung sowie eine offizielle Entschuldigung der Behörden noch aus. Letztere sei besonders wichtig, erklärt Präsidentin De Martin, denn: «Viele Opfer haben die Schuld bisher bei sich gesucht.» Das erschwere das Sprechen über das Erlebte enorm. Tesoro will daher Betroffene verschiedener Generationen zusammenbringen. Was in diesen Gesprächen zutage trete, sei eindrücklich. Für viele versteckte Kinder sei nicht das Leben im Verborgenen das Schmerzhafteste gewesen, sondern das Bewusstsein über die ständige Angst der Eltern. Und noch etwas betont De Martin: «Die meisten, die von ihren Eltern getrennt und fremdplaziert wurden, berichten uns von physischer Gewalt, Misshandlung und Verwahrlosung. Viele sogar von sexuellem Missbrauch.» Von den ehemaligen versteckten Kindern hingegen habe bisher niemand von solchen Taten berichtet. Immerhin scheint ihnen das erspart geblieben zu sein. Für De Martin ist auch daher klar: «Das Verstecken war ein Akt des Widerstands – gegen ein Attentat auf die Familie.»

MIT KIND UND KOFFER: Italienische Arbeiter am Bahnhof Bern. FOTO: KEYSTONE

VOR DER ABREISE: Wer konnte, reiste für die Feiertage in die Heimat. FOTO: KEYSTONE

ILLEGAL: Länger als sechs Monate durften selbst Kinder nicht bleiben. FOTO: KEYSTONE

Catia Porri (72) musste sich als Kind vor der Fremdenpolizei verstecken

«Die Schweiz muss sich endlich für dieses Unrecht entschuldigen!»

Die SVP liebäugelt mit einer Neuauflage des Saisonnierstatuts. Doch ehemalige versteckte Kinder wie Catia Porri halten dagegen – und gehen ihrerseits in die Offensive. Im Interview erklärt die Italozürcherin, warum der Rassismus im Kreis 4 einst besonders grassierte und warum die Demokratie schleunigst ein Update braucht.

JONAS KOMPOSCH

DIE TÄTER NENNEN. Catia Porri verlangt, dass endlich auch über jene gesprochen wird, die das ganze Leid zu verantworten haben: Die Unternehmen als grösste Profiteurinnen des Saisonnierstatuts. FOTO: MICHAEL SCHOCH

work: Frau Porri, kürzlich forderte Swiss-Life-Boss und Neo-SVPler Rolf Dörig die Wiedereinführung des Saisonnierstatuts. Was sagen Sie …

Catia Porri: … eine Frechheit! Sind wir denn wirklich schon wieder so tief gesunken? Das macht mich wütend und traurig. Aber dieser Dörig beweist im Grunde ja nur, wie selbstgefällig die Kapitalisten sich noch immer aufführen können. Sie reden daher und verursachen Leid. Einfach so. Schliesslich haben sie ja die Macht. Dass sie alte Wunden aufreissen und neues Leid verursachen, ist solchen Leuten egal.

Solches Gerede trifft Sie noch immer direkt?

Ja, natürlich! Wir, die unter dem Saisonnierstatut gelitten haben, können die Folgen nicht einfach so ablegen. Die Wunden sind tief. Und bei vielen tickt der Schmerz weiter – wie eine Zeitbombe. Irgendwann explodiert sie, und alles kommt zum Vorschein. Oft passiert das erst Jahrzehnte nach der prägenden Phase. Das merke auch ich jetzt mit zunehmendem Alter.

> **«Wenn Gäste kamen, musste ich mich im Schrank verstecken.»**
> CATIA PORRI, EHEMALIGES SAISONNIERKIND

Sie kamen 1962 mit Ihren Eltern in die Schweiz. Was war das damals für ein Land?

Ein sehr feindliches! Zumindest auf mich wirkte es so. Ich war ja erst zwölf Jahre alt. Und wir zogen direkt in den Zürcher Kreis 4. Das war noch ein richtiges Büezerquartier. Aber die Schweizer Arbeiter hiessen uns alles andere als willkommen. Wir waren keine «Gäste», wie der Begriff «Gastarbeiter» glauben lässt. Im Gegenteil. Wir wurden beschimpft: «Ihr nehmt uns die billigen Wohnungen und die Frauen weg. Ihr verstopft die Plätze.» Solches Zeug.

Aber Sie waren doch erst ein Kind!

Den Hass bekam ich trotzdem zu spüren. Vielleicht sogar noch mehr als meine Eltern. Denn die waren ja den ganzen Tag mit anderen Ausländerinnen und Ausländern zusammen. Meine Mutter in der Textilfabrik. Und mein Vater auf der Baustelle. Er war als Schweisser und Heizungsmonteur beim Bau des Lochergut-Hochhauses dabei. Ich aber war in der Schule fast die einzige Italienerin. Dort haben sie mich in die vierte Klasse gesteckt, obwohl ich schon zwölf war. Ich kam mir schon etwas blöd vor unter all den Neunjährigen. Dann setzte der Lehrer zum Diktat an. Ich verstand kein Wort und hatte natürlich keine Chance. Das war eine Demütigung. Die Kinder begannen mit dem Hänseln: «Tschinggeli-Schnurre, Dreck a de Schnurre» – wie oft ich mir das anhören musste! Kinder geben ja einfach weiter, was sie zu Hause bei den Eltern aufschnappen.

Aber der gefährlichste Hetzer war doch James Schwarzenbach von der Nationalen Aktion, der stinkreiche Abkömmling einer Industriellendynastie!

Schwarzenbach war ein Faschist, klar. Aber seine Propaganda fand in der Schweizer Arbeiterklasse enormen Anklang – mehr als bei den Gutsituierten. Die zogen aus den billigen ausländischen Arbeitskräften schliesslich den grössten Profit.

Plötzlich durften Sie nicht mehr zur Schule. Was war passiert?

Das war sechs Monate nach unserer Ankunft. Ich hatte mich gerade erst etwas zurechtgefunden. Dann kam ein Brief von der Fremdenpolizei: Ich müsse die Schweiz unverzüglich verlassen, mein Visum sei abgelaufen, eine Rückkehr in die Schweiz sei erst in sechs Monaten wieder erlaubt. Für meine Eltern war das ein Schock! Hier arbeiten durften sie, aber mit ihrem Kind zusammenleben – das war verboten. Das war ihnen nicht bewusst. Als wir Florenz verliessen, hatten sie keine Ahnung von den Schweizer Gesetzen.

Und dann?

In Italien hatten wir keine Verwandten, wo ich hätte unterkommen können. Ausserdem wollte ich bei meinen Eltern bleiben. Mein Vater war verzweifelt, ging zur Gewerkschaft, zum Konsulat. Doch helfen konnte ihm niemand, Gesetz ist Gesetz. Also fuhren wir eines Morgens los – zurück nach Florenz.

Sie blieben aber nicht lange in Florenz …

Eine Woche, dann ging's wieder zurück nach Zürich. Diesmal musste ich die Grenze allerdings im Kofferraum passieren.

Nun waren sie ein verstecktes Kind.

Sechs Monate lang musste ich komplett unsichtbar sein, durfte nie nach draussen. Erst dann war ich wieder zu einem neuen Touristenvisum berechtigt. Dieses war sechs Monate gültig. Dann musste ich erneut verschwinden. Drei Jahre dauerte das so, bis wir die Jahresaufenthaltsbewilligung erhielten. Insgesamt war ich also eineinhalb Jahre in einem Zimmer eingesperrt.

Unglaublich! Was haben Sie da die ganze Zeit gemacht?

Nichts. Nur gewartet. Wir hatten ja kein Haus oder eine richtige Wohnung, wo ich mich hätte bewegen können. Wir wohnten damals nicht mehr im Kreis 4, sondern am Züriberg, im Dachgeschoss eines ziemlich vornehmen Hauses. Zwei Mansardenzimmer hatten wir. Doch diese Zimmer lagen nicht nebeneinander, sondern waren durch einen langen Gang getrennt. Dazwischen wohnten noch andere Leute. Hin und her zu laufen kam nicht in Frage. Das Risiko, entdeckt zu werden, war viel zu hoch. Also blieb ich immer in einem Zimmer. Und auch da konnte ich nicht viel machen.

Weil Sie still sein mussten?

Ja, die Holzdielen am Boden knarrten bei jeder Bewegung. Und unter uns war eine Wohnung! Nicht einmal aus dem Fenster konnte ich gucken. Zuunterst wohnte nämlich Frau Bächtold, die Haushälterin des Eigentümers. Und die war ein richtiger Kontrollfreak. Irgendeinen Grund fand sie immer, um die Mieter zu piesacken.

Gäste hatten Sie nie?

Selten. Und wenn, dann musste ich mich im Schrank verstecken. Sogar als meine Grossmutter einmal zu Besuch war, sass ich im Schrank. Meine Eltern wollten nichts riskieren.

Wie hält man das aus als Kind?

Ich verfiel in eine totale Lethargie. Aber was das wirklich bedeutete, verstand ich erst, als ich selber Mutter wurde und die eigenen Kinder aufwachsen sah.

Und Ihre Eltern, wie kamen die damit klar?

Ob sie damit klarkamen, bezweifle ich. Sie konnten jedenfalls nie darüber sprechen. Aber sie gehörten halt zu einer Generation, die noch ganz andere Entbehrungen erlebt hatte. Mein Vater musste sich in den 1940er Jahren selbst lange verstecken. Er war Kommunist und Kriegsdienstverweigerer. Mussolinis Leute hätten ihn sofort an die Wand gestellt. Auch meine Mutter hatte viel Leid erfahren. Ihr Cousin war ein Partisan und wurde von den Nazis erschossen. Für sie war es schon ein grosser Fortschritt, jetzt jeden Tag zwei Mahlzeiten auftischen zu können.

Trotzdem hört man immer wieder: Für das Leid der versteckten Kinder seien die Eltern selbst verantwortlich.

Leider ja, und zwar nicht nur von SVPlern, sondern sogar in der italienischen Gemeinschaft. Oft sind es Kinder von ehemals Versteckten, die so sprechen. Doch ich habe es mit den eigenen Augen gesehen, wie meine Eltern Angst hatten um mich. Sie hatten schlicht keine andere Wahl, als mich zu verstecken.

Wer trägt denn die Schuld für diesen Skandal?

In erster Linie die Unternehmer. Sie waren ja die grössten Profiteure. Sie hatten damals genau gerechnet und entsprechend beim Parlament bestellt. Das ANAG, also das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer aus dem Jahr 1931, war bestens auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten. Aber klar: Beim Nach-unten-Treten haben am Schluss viele mitgemacht – sogar meine Schulgspänli.

2002 trat das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU in Kraft. Seither ist EU-Bürgerinnen und -Bürgern der Familiennachzug in die Schweiz gestattet …

… aber schauen Sie doch, wie man mit den heutigen Sans-papiers umgeht! Nach wie vor müssen in der Schweiz unzählige Kinder im Versteckten leben. Und viele Leute können immer noch nicht ohne ein Feindbild leben, ohne ein schwarzes Schaf. Man sucht sich immer noch das schwächste Glied in der Kette. Früher waren das wir «Tschinggen», dann kamen die «Jugos» dran, und heute sind es die Flüchtlinge aus dem arabischen Raum.

Was fordern Sie von der Politik?

Es braucht eine historische Aufarbeitung des Saisonnierstatuts und seiner Folgen. Und die offizielle Schweiz muss sich entschuldigen – für das Leid, das sie jenen angetan hat, die sie mitaufgebaut haben. Aber sie muss auch etwas lernen aus ihrer Geschichte!

Das heisst?

Regularisierung der Sans-papiers! Und Stimmrecht für alle! Wenigstens auf kommunaler Ebene. In meiner Wohngemeinde Opfikon-Glattbrugg liegt der Ausländeranteil bei fast 45 Prozent. Es kann doch nicht sein, dass die Hälfte der Bevölkerung einfach über die Köpfe der anderen Hälfte hinwegentscheidet! Mit Demokratie hat das jedenfalls nicht mehr viel zu tun.

Catia Porri: Unermüdliche Kämpferin

Die gebürtige Florentinerin Catia Porri (72) kam 1962 mit ihren Eltern nach Zürich. Weil ihr die Schweiz das Bleiberecht verweigerte, verbrachte sie anderthalb ihrer Jugendjahre versteckt in einem Mansardenzimmer. Später machte sie die Fotografinnenlehre und engagierte sich im Partito Comunista. Mit der italienischen Solidaritätsorganisation Colonie Libere unterstützte sie die Saisonniers in den Elendsbaracken.

AUFARBEITUNG. Von 2015 bis 2019 politisierte die zweifache Mutter für die SP im Gemeinderat von Glattbrugg ZH. Sie ist Mitgründerin des Vereins Tesoro, der von der Schweiz eine offizielle Entschuldigung für das entstandene Leid illegalisierter Familien fordert. (jok)

PFUI DÖRIG

Swiss-Life-Präsident Rolf Hugo Dörig (65) residiert in einer 20-Millionen-Villa in Küsnacht ZH mit Seeanstoss. Ein heimeliges Nest für seine Frau und seine drei mittlerweile erwachsenen Söhne. Lange der FDP nahe, ist er jetzt zur SVP konvertiert, weil diese «wertkonservativer und zuverlässiger» sei und besser zu seiner «Heimatverbundenheit» passe, sagte er dem «Sonntagsblick». In seiner Ignoranz gegenüber Widersprüchen hat sich Dörig schon vollständig eingesünnelet.

PROFITEURE. *Ausgerechnet als Neo-Mitglied der scheinbar so familienliebenden Volkspartei fordert Dörig jetzt die Wiedereinführung des Saisonnierstatuts. Denn ja, Fachkräfte seien «hochwillkommen», zum Beispiel in der Pflege oder in der Landwirtschaft. Dörig: «Eine zeitlich begrenzte Aufenthaltsbewilligung ohne Familien käme wohl vielen entgegen.» Tatsächlich käme es wohl hauptsächlich kapitalistischen Profiteuren wie ihm entgegen, wenn Migrantinnen und Migranten in der Schweiz bauen, pflücken und pflegen würden, zuvor aber das Recht auf ein menschenwürdiges Leben an der Grenze abgeben müssten.*

Swiss-Life-Chef Dörig will zurück zum unmenschlichen Saisonnierstatut.

Die meisten Fachkräfte kämen sowieso nur, weil sie mehr verdienen wollten als in ihrer Heimat. Migration als Luxusproblem? Geht's noch, Herr Dörig! Da liegen Sie falsch, erschreckend falsch. Denken Sie, Menschen in anderen Ländern seien nicht ebenso heimatverbunden wie Sie? Niemand verlässt einfach so seine Familie, seine Heimat, um in der Schweiz für einen Hungerlohn 12 Stunden pro Tag Gurken zu pflücken und sich nachts in die Baracke zu zehn anderen Pflückern zu legen. Nein, Herr Dörig, zum Saisonnierstatut wollen wir nie mehr zurück. Das Saisonnierstatut zerreisst Familien, traumatisiert Kinder, zerstört Biographien. Es sorgt für Lohndruck, Schwarzarbeit, Ausbeutung und Willkür.

POLSTER. *Dörig muss sich nicht überlegen, ob er wohl im Ausland ein besseres Leben hätte. Allein für das Swiss-Life-Präsidium garniert er 1,2 Millionen Franken pro Jahr. Der Mann mit den Perfekter-Schwiegersohn-Allüren polsterte sein Portemonnaie als Ämterkumulierer par excellence, gut verfilzt mit der Zürcher Finanzelite: Ex-CS-Banker, Ex-Adecco-Verwaltungsratspräsident, Ex-Präsident des Versicherungsverbandes SVV, Verwaltungsrat beim Autohändler Emil-Frey AG – seine existentiellen Ängste dürften sich in Grenzen halten. Widerspruchsimmun regt er sich trotzdem auf über das «Gehabe einer wohlstandsverwöhnten Minderheit». Und kultiviert die Zuwanderung als grösstes Problem der Schweiz, als ob er sein ganzes Leben in der SVP verbracht hätte. Kein Wort zu Teuerung, Klimakrise oder Krieg in Europa. Sorgen bereitet ihm die Zuwanderung, weil sie «Infrastruktur und Umwelt zu stark belastet». Fürchtet er etwa doch um seine Villa am Zürisee?*

Neuer Dokumentarfilm über das Schicksal der «versteckten Kinder»

Wie das brutale Saisonnierstatut Hunderte Familien zerriss

Sie mussten sich verstecken und lebten in permanenter Angst. Nun brechen die Saisonnierkinder von damals ihr Schweigen.

RALPH HUG

ZERBRECHLICHES GLÜCK: Weil sie nicht bei ihren Eltern hätten sein dürfen, lebten die Buben des Saisonnier-Paars Fragale im Versteckten. Jahrelang, in ständiger Furcht vor der Fremdenpolizei. FOTO: FILMSTILL «IM LAND DER VERBOTENEN KINDER»

Luigi Fragales Eltern kamen in den 1970er Jahren aus Kalabrien als Saisonniers in die Schweiz. Der Familiennachzug war verboten, Sohn Luigi musste zu Hause in Italien bleiben. So produzierte das Saisonnierstatut zerrissene Familien am Laufmeter. Fragale erzählt nun im Dok-Film «Im Land der verbotenen Kinder» von Jörg Huwyler und Beat Bieri seine Geschichte. «Ich hatte als Junge einen grossen Hass auf die Schweiz», sagt er.

Fragale ist eines der vielen Opfer des Saisonnierstatuts. Als ihn die Eltern heimlich in die Schweiz nahmen, musste er sich jahrelang zu Hause verstecken. Er durfte die Wohnung nicht verlassen, nicht draussen spielen und hatte kaum Kontakte zu Gleichaltrigen. Wie ein Vogel im Käfig. Zwar versorgt, aber eingesperrt und ohne Freiheit.

VOM NACHBARN VERRATEN

Die Familie lebte in ständiger Angst vor der Fremdenpolizei und der sofortigen Ausweisung.

GESTOHLENE KINDHEIT: Aurora Pacheco war als Tochter spanischer Saisonniers ein verstecktes Kind in der Schweiz. FOTO: FILMSTILL

Im Alter von acht Jahren konnte Luigi trotz allem zur Schule gehen. Das war einem verständnisvollen Schulratspräsidenten zu verdanken. Dieser setzte sich über die Vorschriften hinweg und erlaubte den Schulbesuch.

Doch die Sache flog auf. Ein Nachbar denunzierte die Familie bei der Fremdenpolizei. «Dann fing der Stress an», erinnert sich Fragale im Film. Er musste zurück nach Kalabrien. Trotzdem gab es für ihn ein Happy End: Der Chef der Baufirma, bei der Luigis Vater arbeitete, setzte sich für eine Aufenthaltsbewilligung ein. Aber nicht ganz uneigennützig. Denn er hatte Luigis Vater ein Darlehen für den Bau eines Hauses in der Heimat gegeben und fürchtete nun um das Geld, sollte dieser tatsächlich ausgewiesen werden. Heute ist Luigi Fragale ein erfolgreicher Coiffeurmeister in Solothurn. Den Hass hat er überwunden, aber rückblickend sagt er: «Das war keine schöne Zeit.»

MANÖVRIERMASSE

Schicksale wie dieses haben die beiden Innerschweizer Filmer Jörg Huwyler und Beat Bieri in ihrem Werk versammelt. Immer klarer kommt ans Licht, welches Leid das berüchtigte Statut unter den Saisonniers verursacht hat. Diese waren, wie der Film treffend erläutert, die Manövriermasse des schweizerischen Wirtschaftswunders. Sie sollten die Schweiz aufbauen und dann wieder gehen. Doch dieser fremdenfeindliche Plan blieb Theorie. Daran konnte auch die Hetze des rechtsextremen Ausländerfeinds James Schwarzenbach und seine Initiative im Jahr 1970 nichts ändern.

Die Kinder konnten die Wohnung nicht verlassen, nicht draussen spielen und nicht zur Schule gehen.

TRAUMATISIERTE KINDER

Die «versteckten Kinder» litten zweifellos am meisten unter dem Statut. Ihnen wurde die Kindheit geraubt.

Wenig bekannt ist, dass italienische Padres in Domodossola (I) ein Internat führten. Dort lebten viele Kinder von Schweizer Saisonniers. Die Eltern konnten sie so nahe an der Schweizer Grenze öfter besuchen als etwa in Süditalien. Der Film macht auf diese Institution aufmerksam – und auch auf die Tränen der Kinder, wenn ihre Eltern jeweils wieder abreisen mussten.

Bereits 2014 interviewte work Aurora Pacheco. Auch sie wuchs als verstecktes Kind auf. Damals musste das Gespräch noch anonym unter dem Namen Aurora Lama erfolgen. Inzwischen weiss Pacheco: Dieses Unrecht kann nur wiedergutgemacht werden, wenn offen darüber gesprochen wird. Und so legt sie jetzt im Film ein beredtes Zeugnis ihres Schicksals ab. Inzwischen gibt es auch den Verein Tesoro (siehe Seiten 10 und 11). Von Betroffenen gegründet, fordert er von der offiziellen Schweiz eine Entschuldigung sowie Entschädigungen für die Opfer. Endlich. Denn die Traumatisierung von Saisonnierkindern hätte mit einer menschlicheren, weniger wirtschaftsliberalen Politik gewiss vermieden werden können.

Jörg Huwyler, Beat Bieri: **Im Land der verbotenen Kinder.** CH 2023, 80 min. Jetzt in den Kinos.

Tesoro-Podium: Wer sind die Täter?

Zwischen 1934 und 2002 wuchsen Zehntausende Kinder ausländischer Arbeiterfamilien im Geheimen auf. Weil das Saisonnierstatut den Familiennachzug verbot. Aber auch heute leben in der Schweiz unzählige Illegalisierte. Wie gehen die Betroffenen damit um? Was muss sich ändern? Und wie können die versteckten Täter hinter diesem Skandal zur Verantwortung gezogen werden? Darüber diskutiert am 9. Februar ein Podium in Luzern. Unter anderem mit Paola De Martin, Präsidentin Verein Tesoro und Tochter eines italienischen Saisonnierpaares, und Kelly Alves, Restaurationsfachfrau und ehemalige Sans-papiers. Mehr Infos unter: **rebrand.ly/tesoro-podium**

work-Broschüre: Die Baracken-Schweiz

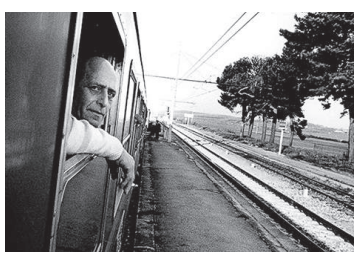
Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 war – nach fast 70 Jahren – endlich Schluss mit dem Saisonnierstatut. Doch die SVP trauert dem Regime noch heute nach – und wollte es 2014 hinterrücks wieder einführen. Mit der Initiative gegen «Masseneinwanderung». work hielt dagegen, etwa mit dem Leseheft «Baracken, Fremdenhass und versteckte Kinder». Das kompakte und reich bebilderte Heft ist digital frei verfügbar: **rebrand.ly/work-leseheft**

Ausstellung: Geheimschulen für Kinder

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch den versteckten Kindern der Baracken-Schweiz blieb der Schulbesuch verwehrt – bis migrantische Vereine die Sache selbst in die Hand nahmen: 1971 eröffneten sie in Renens VD die erste «Sonderklasse» für papierlose Kinder. Schon ein Jahr später entstand auch in Neuenburg eine Untergrundschule. Dann in La Chaux-de-Fonds und so weiter. Heute ist diese Art der Selbsthilfe fast vergessen. Jetzt widmet ihr das Historische Museum La Chaux-de-Fonds die Sonderausstellung «Enfants du placard – à l'école de la clandestinité» («Schrankkinder und Geheimschulen»). Sie dauert noch bis am 19. März 2023. Infos: **mhcdf.ch**

Betroffene reden: «Wir, die Saisonniers …»

In der Ausstellung «Wir, die Saisonniers … 1931–2022» im Neuen Museum Biel kommen die Betroffenen selbst zu Wort. Persönliche Dokumente, Objekte und Zeugnisse lassen erahnen, was Saisonniers damals ertragen mussten. Aber auch, wie sie sich gewehrt und einander geholfen haben. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen können zudem ihre eigenen Erinnerungen gleich vor Ort aufzeichnen – in einer Telefonkabine aus dem Jahr 1973. Infos: **nmbiel.ch**



Die unerträgliche Ungewissheit der vorläufig Aufgenommenen

«Status F» – ein Leben im Dauerprovisorium

Frei und trotzdem eingesperrt: Zum ersten Mal berichten vorläufig aufgenommene Geflüchtete über ihr Leben in der Schweiz.

RALPH HUG

Sie sind weder als Flüchtlinge anerkannt, noch sind sie abgewiesen. Sondern «vorläufig aufgenommen». Ihr Schicksal ist ungewiss. Sie wissen weder, ob sie bleiben können, noch, was ihre Perspektive ist. Jederzeit droht ihnen die Ausweisung. Die Schweizer Asylbürokratie hat für sie seit 1987 den Status F kreiert.

Nur: Dieser Status ist kaum bekannt. Zücken vorläufig Aufgenommene den Ausweis, den es nur im Papier- statt im Kreditkartenformat gibt, ernten sie meist Unverständnis: «Das soll ein Ausweis sein?» Deshalb hilft er den Betroffenen kaum weiter. «Vorläufige» dürfen zwar eine Wohnung beziehen und erwerbstätig sein. Meist erhalten sie aber keine Stelle. Welcher Chef stellt schon eine Person ein, die schon morgen des Landes verwiesen werden könnte? Dies, obwohl das «Vorläufig» oft Jahre dauern kann.

Ungewissheit und Armut machen viele «Vorläufige» krank.

Wie bei Samuel aus Äthiopien, wo ein Bürgerkrieg herrscht. Volle neun Jahre lebte er in verschiedenen Asylunterkünften und Durchgangsheimen, verbrachte einen tristen, eintönigen Alltag. Mit Gelegenheitsjobs konnte er hie und da etwas Geld verdienen. Die prekäre Existenz schlug ihm aufs Gemüt. Immer mehr plagten ihn Schlafstörungen und depressive Verstimmungen. «Kein Einzelfall», sagt Dr. Fana Asefaw, Ärztin und Spezialistin für Trauma- und Migrationsfragen. Derzeit leben rund 50 000 «Vorläufige» in der Schweiz. Viele von ihnen entwickeln ähnliche Krankheitssymptome wie Samuel.

«ICH KONNTE NICHTS TUN»: Als vorläufig Aufgenommener musste der Syrer Yahya sich und seinen Neffen mit 300 Franken im Monat durchbringen. FOTO: CLARA NEUGEBAUER

SCHOCKMOMENTE

Was es heisst, ein Dasein als «Vorläufige» fristen zu müssen, schildern Betroffene eindrücklich in der Broschüre «Ich habe Status F – Leben als Vorläufige», die der Zürcher Verein map-F herausgegeben hat. Die meisten sind aus Afghanistan, Syrien, Somalia oder Eritrea geflohen. Karim zum Beispiel stammt aus dem bürgerkriegsversehrten Syrien. Er berichtet: «Seit meiner Ankunft in der Schweiz habe ich zahlreiche Schockmomente erlebt». Einer war, als er den Status F zugesprochen erhielt. Sein Asylantrag war abgelehnt worden. Doch weil er wegen des Bürgerkriegs nicht in die Heimat weggewiesen werden konnte, wurde er ein «Vorläufiger». Fünf Jahre lang erlebte er Ausschluss und Diskriminierung. Karim: «Es fühlte sich an, wie wenn du Hunger hast und ein Teller Essen vor dir steht, du aber nichts nehmen darfst.» Inzwischen hat er – nach zehn Jahren – endlich den Status als anerkannter Flüchtling erlangt.

Für Adeola aus Nigeria war der Status F zwar positiv. Aber nur, weil sie dadurch ihre Tochter wieder bei sich haben konnte. Diese hatte sie in eine Pflegefamilie gebracht, um ihr das Hin und Her mit Polizei und Behörden zu ersparen. Der Status F ermöglichte ihr, das Sorgerecht für die Tochter zu beantragen. Jetzt kann sie mit ihr und ihrem Partner zusammenleben und ist nicht mehr abhängig von der Asylfürsorge. Menschen mit Status F leben meist ausschliesslich von dieser Fürsorge. Die Ansätze liegen 30 Prozent unter denjenigen der Sozialhilfe. Da die Gemeinden zuständig sind, gibt es solche, die selbst diese magere Hilfe noch kürzen. Der tiefste Satz, der dem Verein map-F bekannt ist, liegt bei 10 Franken pro Tag und Person. Das sind 70 Prozent weniger als bei der regulären Sozialhilfe.

«WIE IM GEFÄNGNIS»

So ist der Spielraum für «Vorläufige» minimal. Yahya, der wie Karim aus Syrien stammt, drückt es so aus: «Dieser Status ist wie ein Gefängnis, wie ein grosser Käfig.» Yahya musste sich und seinen elfjährigen Neffen mit 300 Franken im Monat durchbringen. «Das war hart. Ich hatte nichts – kein Telefon, kein ÖV-Billett. Ich konnte nichts tun, nichts kaufen.»

Die Stimmen mehren sich, die solche menschenrechtlich unhaltbaren Zustände wie den Status F nicht länger hinnehmen wollen. Auch weil er irreführend ist: Die meisten «Vorläufigen» können gar nicht zurück. Viele bleiben jahrelang in der Schweiz. Und manche sogar für immer.

Ich habe Status F – Leben als Vorläufige, herausgegeben vom Verein map-F, Zürich 2022, Fr. 33.–, Bezug über **map-f.ch.**

work1x1 der wirtschaft

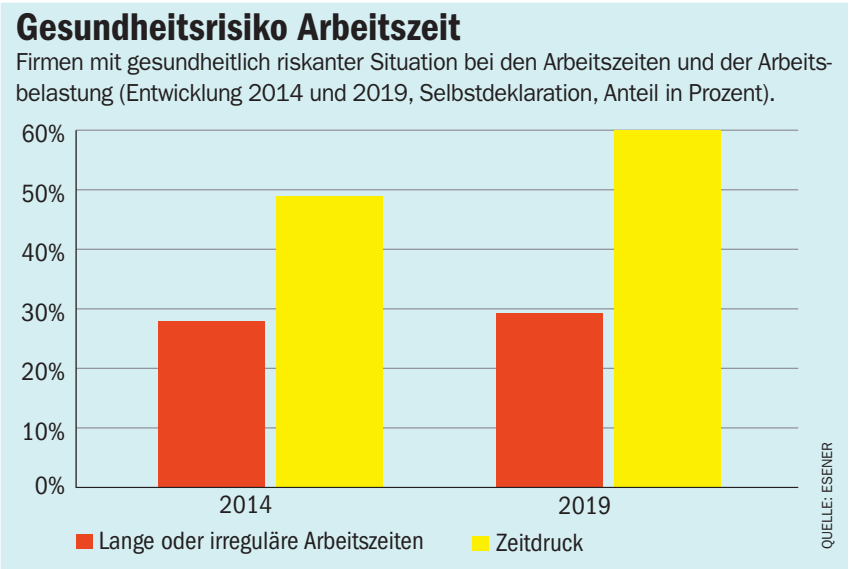
Daniel Lampart

ARBEITSZEIT: SIE MUSS KÜRZER WERDEN, NICHT LÄNGER

In jüngerer Zeit sind die Arbeitnehmenden und die Arbeitsbedingungen immer wieder politischen Angriffen ausgesetzt. Mit Parlamentsvorstössen versuchen die Arbeitgeberkreise, die Erholungs- und Ruhezeiten im Arbeitsgesetz zu verkürzen. Sie wollen Nacht- und Sonntagsarbeit ausweiten – neuerdings auch mit dem Vorwand der Energiemangellage.

ZUNEHMENDER DRUCK. Tatsächlich müsste es aber in die Gegenrichtung gehen. Denn die Lage der Arbeitnehmenden gibt immer mehr Anlass zur Sorge. Das geben selbst die Arbeitgeber zu. Knapp 30 Prozent der Schweizer Firmen sagten im Rahmen der Esener-Umfrage, dass bei ihnen lange und irreguläre Arbeitszeiten ein Gesundheitsrisiko seien. Tendenz steigend. Und rund 60 Prozent der Firmen machen sich Sorgen über den Zeitdruck bei ihren Mitarbeitenden. Viele Berufstätige reduzieren deswegen nämlich ihr Arbeitspensum – sofern sie es sich finanziell leisten können. Ein anderer, wichtiger Grund für Teilzeitarbeit sind Kinder oder andere Betreuungspflichten. Eine Vollzeitstelle zu haben ist in der Schweiz für viele Berufstätige mit Betreuungsaufgaben schlicht nicht möglich angesichts der hohen Arbeitszeiten und der ungenügenden finanziellen Unterstützung von Kita-Plätzen.

UNFREIWILLIGE TEILZEIT. In den letzten 30 Jahren haben sich die Arbeitgeber kaum mehr an der Arbeitszeitverkürzung beteiligt. Bis 1990 reduzierten sie die betriebsübliche Arbeitszeit alle zehn Jahre um eine bis zwei Stunden – und zwar bei gleichem Lohn. Seither müssen die Arbeitenden die Arbeitszeitverkürzungen selber bezahlen – mit Teilzeit und weniger Lohn. Von 1991 bis 2020 ist die Teilzeitarbeit von 25 auf 37 Prozent gestiegen. Bei den Männern hat sich der Anteil sogar verdoppelt. Arbeitgeberkreise argumentieren, dass die Verkürzung der Erholungs- und Ruhezeiten im Arbeitsgesetz – oder anders gesagt: die Verlängerung der Arbeitszeiten – die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern würde. Indem Eltern beispielsweise nach einem strengen Tag erneut am Computer arbeiten, wenn die Kinder endlich im Bett sind. Eine ziemlich weltfremde Vorstellung angesichts der strengen 70-Stunden-Wochen, die Eltern von Kindern bis zu 14 Jahren heute leisten. Die meisten Eltern sind froh, wenn sie endlich einmal eine Stunde für sich haben.



Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Sozialreportage

Minen-Kinder in Bolivien

Cerro Rico de Potosí heisst der Berg in Bolivien, wo bitterste Armut auf gierigsten Reichtum trifft. Ununterbrochen wird hier nach Silber und anderen wertvollen Rohstoffen für die reichen Industrieländer gegraben. Im Buch «Der Berg, der Menschen frisst» zeigt der preisgekrönte Journalist Ander Izagirre auf, wie hart das Leben der Ärmsten und wie gefährlich die Arbeit in den Minen ist. Jeden Monat sterben 14 Bergarbeiter, die Lebenserwartung im Dorf liegt bei 40 Jahren. Auch Kinder müssen mitchrampfen: Zum Beispiel Alicia, ein vierzehnjähriges Mädchen, das in einer Silbermine arbeitet – für zwei Franken pro Nacht. Izagirre erzählt neben dieser Geschichte auch jene der Vergangenheit: angefangen bei der spanischen Besatzung und der Versklavung der Einheimischen im 16. Jahrhundert.

Ander Izagirre: **Der Berg, der Menschen frisst.** 224 Seiten, Fr. 29.–. Erhältlich unter: **rotpunktverlag.ch.**

Stadtplanung

Neubauten verdrängen

Kapitalismus zwingt zu Wachstum. Die Folge: Bodenverbrauch und Zersiedelung nehmen zu. Um diese Entwicklung zu bremsen, hat die Schweiz ihr Raumplanungsgesetz 2014 revidiert. Seither wird «Siedlungsentwicklung nach innen» gefördert. Das heisst: Wachsen sollen urbane, bereits bebaute Gebiete – primär durch Verdichtung. Doch auch dieser Ansatz bringt Probleme. Denn oft bedeutet er den Abriss von preiswertem Wohnraum in historischer Bausubstanz zugunsten grösserer, aber steriler Betonklötze. Die Mieten explodieren, und der Quartiercharakter stirbt. Eine Ausstellung des Zentrums Architektur Zürich und der ETH zeigt das verheerende Ausmass dieser Tendenz – aber auch die Alternativen dazu.

FOTO: ZVG

Verdichtung oder Verdrängung? Wen(n) Neubauten ersetzen. Zentrum Architektur Zürich (ZAZ), Höschgasse 3, Zürich. Die Ausstellung dauert noch bis zum 26. März.

Italien-Doku

Die Erben Mussolinis

«Noch mehr Angst als vor den Neofaschisten habe ich vor dem Schweigen über sie», sagt der italienische Journalist Paolo Berizzi in der neuen Arte-Doku «Mussolinis Erben im Aufwind». Sein Haus kann er nur noch unter Polizeischutz verlassen. Italiens neue Faschisten wollen ihn umbringen, weil er ihre Geheimnisse enthüllt hat. Verstecken müssen sich die Mussolini-Fans aber kaum mehr. Ungestört patrouillieren sie als «Bürgerwehren», verteilen Essen an Arme oder demonstrieren für «Frieden». Der verurteilte Terrorist und Forza-Nuova-Führer Roberto Fiore sagt: «Die Italiener haben mit der neuen Regierung auch uns gewählt.» Wirklich? Arte geht dem Phänomen auf die Spur.

Italiens neue Faschisten. Mussolinis Erben im Aufwind. Arte-Doku, Deutschland 2022, 32 Minuten. Online unter: **rebrand.ly/neofascisti.**

Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Mutterschaftsversicherung: Habe ich sie auch als Grenzgängerin mit befristetem Vertrag zugute?

Ich bin Grenzgängerin und habe einen auf ein Jahr befristeten Arbeitsvertrag in der Schweiz, der Ende März 2023 ausläuft. Ungefähr auf diesen Zeitpunkt sollte auch mein Kind auf die Welt kommen. Weil es aber möglich ist, dass mein Kind erst nach Ende meines Arbeitsvertrages geboren wird, frage ich mich: Habe ich dann trotzdem Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung in der Schweiz?

MYRIAM MUFF: Ja. Für den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Diese sind im Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG) und in der dazugehörigen Verordnung geregelt. Demnach müssen Sie unmittelbar vor der Geburt während neun Monaten im

***GLEICHES RECHT:** Auch Frauen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, aber hier arbeiten, erhalten Mutterschaftsentschädigung.* FOTO: ISTOCK

Sinne des AHV-Gesetzes obligatorisch versichert gewesen sein und in dieser Zeit mindestens fünf Monate lang eine Erwerbstätigkeit ausgeübt haben. Berücksichtigt werden auch Versicherungs- und Beschäftigungszeiten, die Sie in einem Mitgliedstaat der EU oder der EFTA zurückgelegt haben.
Obligatorisch versichert im Sinne des AHV-Gesetzes ist unter anderem, wer den Wohnsitz in der Schweiz hat oder wer in der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausübt. Als weitere Voraussetzung muss eine Frau zum Zeitpunkt der Niederkunft entweder Arbeitnehmerin oder Selbständigerwerbende sein oder aber im Betrieb des Ehemannes mitarbeiten und einen Barlohn beziehen. Ist die werdende Mutter arbeitslos, hat sie ein Recht auf Mutterschaftsentschädigung, wenn sie bis zur Geburt ein Taggeld der Arbeitslosenversicherung bezogen hat oder aber am Tag der Geburt die Beitragsdauer erfüllt, die für den Bezug eines Taggeldes erforderlich ist.
Kommt Ihr Kind also vor Ende März und damit noch während Ihres Arbeitsverhältnisses auf die Welt, erfüllen Sie die obigen Voraussetzungen problemlos. Ansonsten müssen Sie sich unbedingt per 1. April 2023 arbeitslos melden. Weil Ihr Arbeitsvertrag zu diesem Zeitpunkt ein Jahr gedauert hat, erfüllen Sie dann nämlich auch die für den Bezug eines Taggeldes erforderliche Beitragsdauer, die mindestens zwölf Monate beträgt. Auf diese Weise kommen Sie in beiden Konstellationen in den Genuss einer Mutterschaftsentschädigung. Sie beträgt 80 Prozent Ihres durchschnittlichen Einkommens (maximal Fr. 196.– pro Tag) und wird Ihnen während 14 Wochen ab Geburt des Kindes ausbezahlt.

Lohnrunde 2022/2023: Ein hartes Ringen um den Ausgleich der Teuerung und weitere Fortschritte bei den Mindestlöhnen

Im Mittel resultiert ein Plus von 2,5 Prozent

Es brauchte engagierte Verhandlungen, um in der diesjährigen Lohnrunde zumindest die Teuerung für die meisten Arbeitnehmenden annähernd auszugleichen. Erfreulich: In verschiedenen Branchen werden die Mindestlöhne angehoben.

NOÉMIE ZURLINDEN, UNIA-ÖKONOMIN

Die Teuerung ist so hoch wie seit dreissig Jahren nicht mehr. Bei gleichbleibenden Löhnen führt sie zu einem Kaufkraftverlust, der alle Arbeitnehmenden betrifft und bei jenen mit tiefen und mittleren Einkommen zu existentiellen Nöten führen kann. Darunter leidet längerfristig auch die Gesamtwirtschaft. Ein voller Teuerungsausgleich müsste also selbstverständlich sein.

Doch so weit reicht die Einsicht vieler Firmen nicht. Trotz hohen Gewinnen und anhaltendem Personalmangel waren und sind sie nicht oder nur nach zähen Verhandlungen bereit, die volle Teuerung auszugleichen. Trotzdem erreichte die Unia in der aktuellen Lohnrunde eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich rund 2,5 Prozent. In einigen Branchen konnten sogar reale Lohnerhöhungen durchgesetzt werden, also solche, die über die Teuerung hinausgehen.

Die Lohnpolitik von Coop ist eine glatte Enttäuschung.

KOLLEKTIV VERHANDELN BRINGT WEITER. Mitarbeitende in der Uhren- und Mikrotechnikindustrie erhalten mindestens den Teuerungsausgleich, viele sogar Reallohnerhöhungen. Und in der MEM-Industrie werden die Mindestlöhne um die volle Teuerung erhöht.

Im Bauhauptgewerbe gibt es nach langem Ringen generell 150 Franken mehr, die Mindestlöhne steigen um 100 Franken. Im Gastgewerbe werden die Mindestlöhne angehoben – je nach Lohnkategorie erhalten Mitarbeitende real 40 Franken mehr pro Monat. Anders bei Coop: Dort war keine Einigung möglich, da Coop trotz Rekordgewinn nicht einmal bereit war, die Teuerung für die tiefsten Einkommen auszugleichen. Genau wie die Migros. Im Gewerbe erreichte die Unia für viele Arbeitende Lohnerhöhungen von rund 2,5 Prozent. Auch bei den Mindestlöhnen gab es Fortschritte: Im GAV Gebäudehülle für die Deutschschweiz und das Tessin sowie in der Holzindustrie gibt es in Zukunft keine Löhne mehr unter 4000 Franken.

Die Lohnrunde ist noch nicht abgeschlossen. Doch die bereits erreichten Resultate zeigen: Kollektive Lohnverhandlungen steigern die Chance auf generelle und reale Lohnerhöhungen – und sind gerade für jene mit tiefen und mittleren Einkommen enorm wichtig. Das belegt auch eine neue Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (sie ist nachzulesen unter: **rebrand.ly/metastudie).**

Branche	Firma / Arbeitgeber	Löhne individuell	Löhne generell	Löhne total (ohne Mindestlöhne)	Erhöhung Mindestlöhne	Bemerkungen
Bau & Bauindustrie	Bauhauptgewerbe (LMV)*		Fr. 150.–	Fr. 150.–	Fr. 100.–	
	Gerüstbau*		Fr. 62.–	Fr. 62.–		
	Gleisbau*		3,3%	3,3%	Fr. 170.–	
	Ziegelindustrie*		Fr. 150.–	Fr. 150.–	Fr. 60.– bis Fr. 80.–	
MEM-Industrie	Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM)				3% Teuerung, automatisch gem. GAV MEM	
	Vetropack		Fr. 140.–	Fr. 140.–		
	MPS Micro Precision Systems		Fr. 155.–	Fr. 155.–	Fr. 155.–	
	Geberit	0,5%	Fr. 150.–	2,5%	3% Teuerung, automatisch gem. GAV MEM	
	Siemens Schweiz	2,5%	Fr. 175.– mindestens	2,5% + 0,5% für Einkommen unter Fr. 90 000.–	3% Teuerung, automatisch gem. GAV MEM	
	Schulthess Maschinen	1,75% (Betrieb); 2,3% (Service)	2% für Löhne unter Fr. 6000.–	1,75% (Betrieb); 2,3% (Service)	3% Teuerung, automatisch gem. GAV MEM	
	Wago Contact	0,5%	3,3%	3,8%		
Energie	Energiecheck Bern		3%	3%		
	EWB Bern	0,3%	2,9%	3,2%		
Lebens- & Genussmittelindustrie	Cremo	Fr. 40.–	Fr. 130.–	Fr. 170.–		
	Feldschlösschen	0,5%	2%	2,5%		Verhandlungen gescheitert
	Fenaco	1,5%		1,5%	Fr. 200.–	Verhandlungen gescheitert. Erhöhung Mindestlöhne aufgrund Abmachung 2021
	Haco	2,5%		2,5%		
	Schweizer Brauereiverband				Gelernte: Fr. 300.– Ungelernte: Fr. 120.–	
Uhrenindustrie	Schweizer Uhren- und Mikrotechnikindustrie (CP)		3,5% durchschnittl.	3,5% durchschnittl.	VS: Fr. 130.– bis Fr. 160.–	
	Deutschschweizer Uhren- und Mikrotechnikindustrie (VdU)		3,5%	3,5%	Fr. 100.–	
Chemie / Pharma	Cilag, Janssen Johnson + Johnson	2,5% für Mitarbeitende nicht unter Einheitsvertrag	3% für Mitarbeitende unter Einheitsvertrag in Schaffhausen			
	Novartis	2,2%		2,2%		
	Roche	2,3%		2,3%		

* allgemeinverbindlich

Branche	Firma / Arbeitgeber	Löhne individuell	Löhne generell	Löhne total (ohne Mindestlöhne)	Erhöhung Mindestlöhne	Bemerkungen
Dienstleistungen	Coop	2% ab Löhnen von Fr. 4501.–	2% für Löhne bis Fr. 4500.–			Resultat wurde von der Unia abgelehnt
	Foxtown		3,3%	3,3%	3,3%	
	Elvetino		Fr. 130.–	Fr. 130.–	Fr. 120.–	
	Gastgewerbe (L-GAV) *				Fr. 105.– bis Fr. 188.– (3% Teuerung + Reallohnerhöhung von Fr. 10.– bis Fr. 40.–)	
	Coiffeure				Fr. 50.–	
	Sicherheitsdienstleistungen				2% für Stundenlöhner; 0,6% alle anderen	
	Personalverleih				Gelernt: Fr. 25.– Ungelernt: Fr. 40.–	Abschluss von 2020/2021
Gewerbe	Autogewerbe (je Kanton)		**AG:** Fr. 100.– **BL + BS*:** 1,3% **JU + JU BE*, VS*:** 2,5% **ZH:** 2%	**AG:** Fr. 100.– **BL + BS:** 1,3% **JU + JU BE, VS:** 2,5% **ZH:** 2%	**AG:** Fr. 50.– bis Fr. 100.– **AI, AR, SG, TG*:** Fr. 100.– **JU + JU BE:** Fr. 50.– **LU, UR, ZG:** Fr. 350.– max.; **ZH:** 5,1% durchschnittl. (2,5%–8,7%)	
	bauwerk Parkett AG		1,1%	1,1%		
	Carrosserie		Fr. 125.– für Löhne bis Fr. 6700.–	Fr. 125.– für Löhne bis Fr. 6700.–	Fr. 125.–	
	Decken-/Innenausbausysteme*		2023: Fr. 100.– 2024–2026 jährlich: Fr. 40.–	2023: Fr. 100.– 2024–2026 jährlich: Fr. 40.–	Fr. 150.–	
	Elektrobranche*	0,5%	2%	2,5%		
	Elektro-/Freileitung Installation/Montage VS*		2%	2%		
	Gebäudehülle Deutschschweiz & Tessin*		2,9%	2,9%	2,9%	
	Gebäudetechnik*	1%	Fr. 100.–			
	Gebäudetechnik/-hülle VS*		Fr. 100.–	Fr. 100.–		
	Glasereigewerbe Bern	Fr. 25.–	Fr. 80.–	3,5% (Erhöhung inkl. Arbeitszeitreduktion bei Fr. 5200.–)	Fr. 50.– für Aushilfen und Administration	Arbeitszeitreduktion von 41,75 h auf 41 h/Woche
	Holzindustrie		Fr. 100.–	Fr. 100.–	Fr. 100.–	
	Isoliergewerbe *		Fr. 130.– für Löhne bis Fr. 5900.–	Fr. 130.– für Löhne bis Fr. 5900.–		
	Maler-Gipser *		Fr. 150.– bis 2025	Fr. 150.– bis 2025	Fr. 75.– bis 100.–, bis 2025	
	Marmor und Granit *		Fr. 130.–	Fr. 130.–		
	Metallbau VS		2%	2%		
	Möbelindustrie*	0,5%	1%	1,5%	Fr. 100.– bis Fr. 150.–	
	Plattenleger VS*		1,5%, aber mind. Fr. 100.–	1,5%, aber mind. Fr. 100.–	Fr. 80.– im 1. und 2. Berufsjahr nach der Lehre	
	Schreiner*	Fr. 40.–	Fr. 110.–	Fr. 150.–	Gelernte: Fr. 150.– (3% Teuerungsausgleich)	

* allgemeinverbindlich

FOTOS: ADOBE STOCK (3), ISTOCK (2), PIXABAY (11), ZVG (2)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

Worauf Sie beim Computerkauf achten sollten

Wenn Sie sich einen neuen Computer anschaffen wollen, haben Sie die Qual der Wahl. Welche Angaben beim Prozessor, beim Arbeitsspeicher oder bei der Festplattengrösse sind wirklich wichtig? Hier erfahren Sie, welche Kriterien Sie beachten sollten:

***GOLD WERT:** Schnell und stark genug soll er für Ihre Zwecke sein – damit der Computer auf Sie wartet und nicht Sie auf ihn!* FOTO: ALAMY

PROZESSOR. Der Prozessor — auch CPU genannt — ist das Herz des Computers. Nutzen Sie den Computer vor allem, um Dokumente zu schreiben, E-Mails zu schicken und im Internet zu surfen, reicht jeder erhältliche Prozessor völlig aus. Brauchen Sie anspruchsvollere Programme wie etwa Videoschnittsoftware, sollten Sie einen schnelleren Prozessor wählen. Gute Mittelklasse-Prozessoren für den PC sind «Rizen 5» oder «Core i5». Schnellere Prozessoren sind «Ryzen 7» und «Core i7». Bei Mac-Computern sollten Sie sich für einen der aktuellen M1- oder M2-Prozessoren entscheiden.

ARBEITSSPEICHER. Der Arbeitsspeicher ist das Kurzzeitgedächtnis des Computers. Seine Grösse wird mit GB RAM bezeichnet. Ist der Speicher zu gering, ist der Computer langsam. Grundsätzlich gilt: Je mehr Arbeitsspeicher, desto besser. Mit 8 GB RAM ist der Computer für alle normalen Arbeiten gut gewappnet. Für Videobearbeitung und Computerspiele sind 16 bis 32 GB RAM sinnvoll. Bei Macs mit dem M1- oder M2-Prozessor reichen 8 GB aus.

Den Speicherplatz können Sie später mit externen Harddisks ergänzen.

FESTPLATTE. Auf der Festplatte sind alle Daten gespeichert. Die Speichergrösse sollte mindestens 250 Gigabyte (GB) betragen. Für grössere Foto- oder Filmsammlungen sind 500 GB oder 1 Terabyte (1 TB, also rund 1000 GB) nötig. Tipp: Wählen Sie einen Computer mit einer schnellen SSD-Festplatte mit 250 oder 500 GB. Wenn der Speicherplatz zu knapp ist, lagern Sie Filme oder Fotos auf eine externe Festplatte aus. Das kann eine langsamere, dafür günstigere HDD-Festplatte sein. MARC MAIR-NOACK

***HINSEHEN:** Was im Lohnausweis steht, hat grosse Auswirkung auf die Höhe Ihrer Steuern. Und muss faktentreu sein!* FOTO: ADOBE STOCK

Jedes Jahr in Ihrem Briefkasten:

Achtung, das ist eine Urkunde!

Was Sie über den Lohnausweis wissen müssen

Für Ihre Steuererklärung benötigen Sie den Lohnausweis. So kontrollieren Sie ihn.

MARTIN JAKOB

Wie viel haben Sie im vergangenen Jahr verdient? Das interessiert die Steuerbehörde bald wieder brennend, und Sie werden Ihre Einkünfte deklarieren müssen. Dafür erhalten Sie Lohnausweise und Rentenbescheinigungen – von der Firma oder den Firmen, für die Sie gearbeitet haben, und je nachdem von der Arbeitslosenversicherung, der AHV/IV und der Pensionskasse.

RECHTE UND PFLICHTEN. Ihr Lohnausweis ist mehr als ein dicht beschriebenes Formular: Er ist eine Urkunde. Ihre Firma muss darin alle geldwerten Leistungen an Sie vollständig und korrekt angeben. Unterlässt die Firma es, Lohnausweise auszustellen, oder füllt sie sie falsch aus, ist das eine strafbare Pflichtverletzung oder eine Urkundenfälschung. Sendet Ihnen die Firma den Lohnausweis nicht rechtzeitig zu, mahnen Sie sie. Bleibt die Mahnung erfolglos, melden Sie sich bei der für Sie zuständigen Steuerbehörde. Diese wird dem zuständigen Lohnbüro Beine machen! (Die Kantone BE, FR, SO, BS, VD, VS, NE und JU verlangen übrigens von den Firmen, dass sie ein Exemplar des Lohnausweises direkt der Steuerverwaltung zustellen.)

In der Pflicht stehen aber auch Sie als Steuerpflichtige: Sie müssen Ihre finanziellen Verhältnisse wahr und vollständig deklarieren. Das bedeutet zum einen, dass Sie in der Steuererklärung alle Einkommensnachweise tatsächlich aufführen und beilegen – also neben dem «grossen» Lohnausweis auch Ausweise über Minirenten oder kleine Zwischenverdienste. Und es heisst zum andern, dass Sie bei der Firma vorstellig werden sollten, wenn sich im Lohnausweis für Sie leicht erkennbare Fehler eingeschlichen haben. Kommt ans Licht, dass Lohnbeträge oder Naturalleistungen wie etwa ein privat nutzbares Geschäftsauto im Ausweis vergessen gingen, kann das für Sie Nachsteuern samt Zins zur Folge haben.

Für die Firma ist es Pflicht, Lohnausweise auszustellen.

ANGABEN PRÜFEN. Kontrollieren Sie die im Lohnausweis aufgeführte Lohnsumme. Es müssen alle erfolgten Zahlungen enthalten sein. Also Salär, Zulagen, Gratifikationen, Provisionen, Boni und Versicherungstaggelder. Auch Lohnbestandteile wie Provisionen, die schon genau berechnet wurden, aber erst im Folgejahr ausbezahlt werden, muss die Firma mit einrechnen. Für den Nettolohn werden die Beiträge für AHV, IV, EO, ALV und Nichtbetriebsunfallversicherung abgezogen.

Zum Lohn kommen möglicherweise Nebenleistungen hinzu. Stellt Ihnen die Firma ein Geschäftsauto auch privat zur Verfügung, wird Ihnen ein Privatanteil als Lohnbestandteil zugerechnet. Und steht ein Kreuzchen bei «Kantinenverpflegung / Lunch-Checks»? Das muss sein, falls das Kantinenmenu ohne Getränke unter 10 Franken kostet, und hat zur Folge, dass Sie bei der Steuererklärung in einigen Kantonen gar nichts, beim Bund und in den meisten Kantonen nur Fr. 7.50 pro Mahlzeit statt 15 Franken für die auswärtige Verpflegung abziehen können.

Falls Ihnen auf dem Lohnausweis Vergünstigungen bescheinigt werden, die zu Unrecht aufgeführt sind, besprechen Sie das mit der Firma. Denn die Mehrsteuern, die aus diesen Angaben entstehen, bezahlen schliesslich Sie!

«KANTINENFRASS»

SCHMECKT NICHT GILT NICHT

Kreuzt die Firma in Ihrem Lohnausweis das Feld «Kantinenverpflegung» an, dürfen Sie fürs Mittagessen auswärts nur den halben oder keinen Abzug machen (s. links) – auch wenn Sie sich lieber anderswo teurer verpflegen. Selber schuld, findet der Fiskus. Ausser, Sie machen geltend, dass Ihre Gesundheit das Kantinenessen nicht verträge – und belegen das mit einem ärztlichen Zeugnis. (jk)

Jetzt ein Budget erstellen

Zahlen, bitte!

Vieles ist teurer geworden. Umso wichtiger: ein realistisches Budget. So geht's in fünf Schritten.

1. Kassenbuch führen. Ein, zwei Monate lang Quittungen behalten, die täglichen Ausgaben notieren, zu Gruppen zusammenfassen – zum Beispiel Haushalt (Nahrung, Getränke, Putzmittel), persönliche Auslagen (Kleider, Coiffeur, Freizeit), Mobilität (ÖV, Auto, Velo).
2. Kontobelege auswerten. Die Zahlungen eines Jahres nach Gruppen ordnen: Wohnen, Krankenkasse, Versicherungen, Mobilität, Kommunikation, Bildung/Weiterbildung, Steuern, Anschaffungen, Ferien, Spareinlagen.
3. Übersicht gewinnen. Zahlen aus Kassenbuch und Konto zusammenführen, zusammenzählen und auf einen Monat hinunterrechnen.
4. Budget erstellen. Vier Gruppen bilden: monatliche Fixkosten (wie Miete, Krankenkasse, Internet-, Telefonabos), Haushalt und Persönliches, Rückstellungen (monatlicher Durchschnittsbetrag für nicht monatliche Zahlungen wie zum Beispiel das jährliche Zeitungsabo, Serafe usw.) und Sparen.
5. Vergleich Plus/Minus. Ist das Budget realistisch? Nach ein paar Monaten effektive Ausgaben mit dem Budget vergleichen und nach Bedarf anpassen – entweder das Budget oder das Konsumverhalten … (jk)

Möchten Sie Hilfe beim Budgetieren? Auf der Website des Dachverbands Budgetberatung finden Sie Vorlagen, Beispiele, Beratungsstellen und sogar eine Budget-App. **budgetberatung.ch**

workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!

Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: SOZIALPLAN

	D	L				T	G				O		T				
V	I	E	R	Z	E	H	N		B	I	G	L	E	R		F	E	X
	A			A		R	O	B	I	O	L	A		I		A	L	S
	S	P	A	R	S	A	M		G		O		K	A	I	L	I	
S	P	U	R	T		K		K	O	N	S	E	N	S		S		S
	O		T		P	E	G	A	S	U	S		I		E	C	H	O
	R	A	I	N	E	R		N		B		L	E	I	C	H	E	N
T	A	N	G		G		S	T	A	U	N	E	N		K		I	D
		T		B	E	S	T	E	C	K		M		S	E	E	L	E
	B	I	B	E	L		U		H		G	A	M	E	R		S	
B	A	K		Y		A	B	S	A	G	E	N		C		B	A	T
	S		K	O	R	S	E	T	T		W		C	H	R	O	M	E
	C	H	E	N		A		E		S	I	L	O	S		O		N
	H		S	C	H	N	E	I	D	E	R		R	E	N	T	E	N
E	I	N	S	E	I	T	I	G		E	R	D	K	R	U	S	T	E

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Belvedere in Grindelwald BE, hat gewonnen: Erika Mazza, Lengnau BE. Herzlichen Glückwunsch!

kurzes Flügelschlagen			Auftritt e. Prominenten im Film	schneefrei	aufgebracht, wütend (ugs.)			US-Goldlager: Fort ...	Herrschersitz	dt. Vorsilbe
Diener, Butler Mz.								gehoben: speisen		
kurz für: an dem			Wäscheschnur		Syngenta knausert bei ...		9			
Fernkopie								rohes Rindfleisch		bern-deutsch: Rahm
	7				vollbracht, fertig		Vorlage: ...-Steuer			
Kaviarfisch		Wundabsonderung		Balkonpflanze						
Angleichung des ..-alters							Bindewort (... noch)		Hüter e. Schafherde	
		2		schnelle Raubkatze		beliebig, ohne Plan				
Beingelenk	Steckdose		glasgedeckte Ladenpassage							
Erzittern der Erde						Tiergarten		frz. Stadt mit Amphitheater		Entscheidungsgewalt
			harzreiches Kiefernholz		in der Mitte					
Heilbehandlung		früh. Einheit f. Nährwert								Männerkurzname
berühmtes Popmusical	10				internat. Presseagentur		Härtegrad v. Bleistiftminen		gefallsüchtig, selbstgefällig	
Zahl der Kegel beim Kegeln		schweiz. Aussenministerium				Kochstellen				
				brit. Gaststätten					wahnwitzig, hirnverbrannt	

grosse Distanz		Erbträger		Zwerge, Kobolde	unter Wasser setzen	best. Artikel (4. Fall)	Kinderbuchbär (dt.)
				schweiz. Partei			
		Schneehütten der Inuit		poet.: Löwe			
			1				an dieser Sache
3				Spion		mündl. Fachbericht	
	Gasthaus		Zeitalter				
die Unwahrheit Sagender						5	
			ugs.: sowieso		ital. Tonbez. für das F		
Zauberer		Wasservögel		11			
					Zufluchtsorte		Wahrnehmungskanäle
	8	betriebsam, munter	span. Ausruf	verwesender Tierkörper			
	Bundesrat und Kartoffelgericht				6		
				senegal. Musiker (Ismael)		sächl. Fürwort	
	schrill schreien						
			kleiner Metallring				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 10. Februar 2023

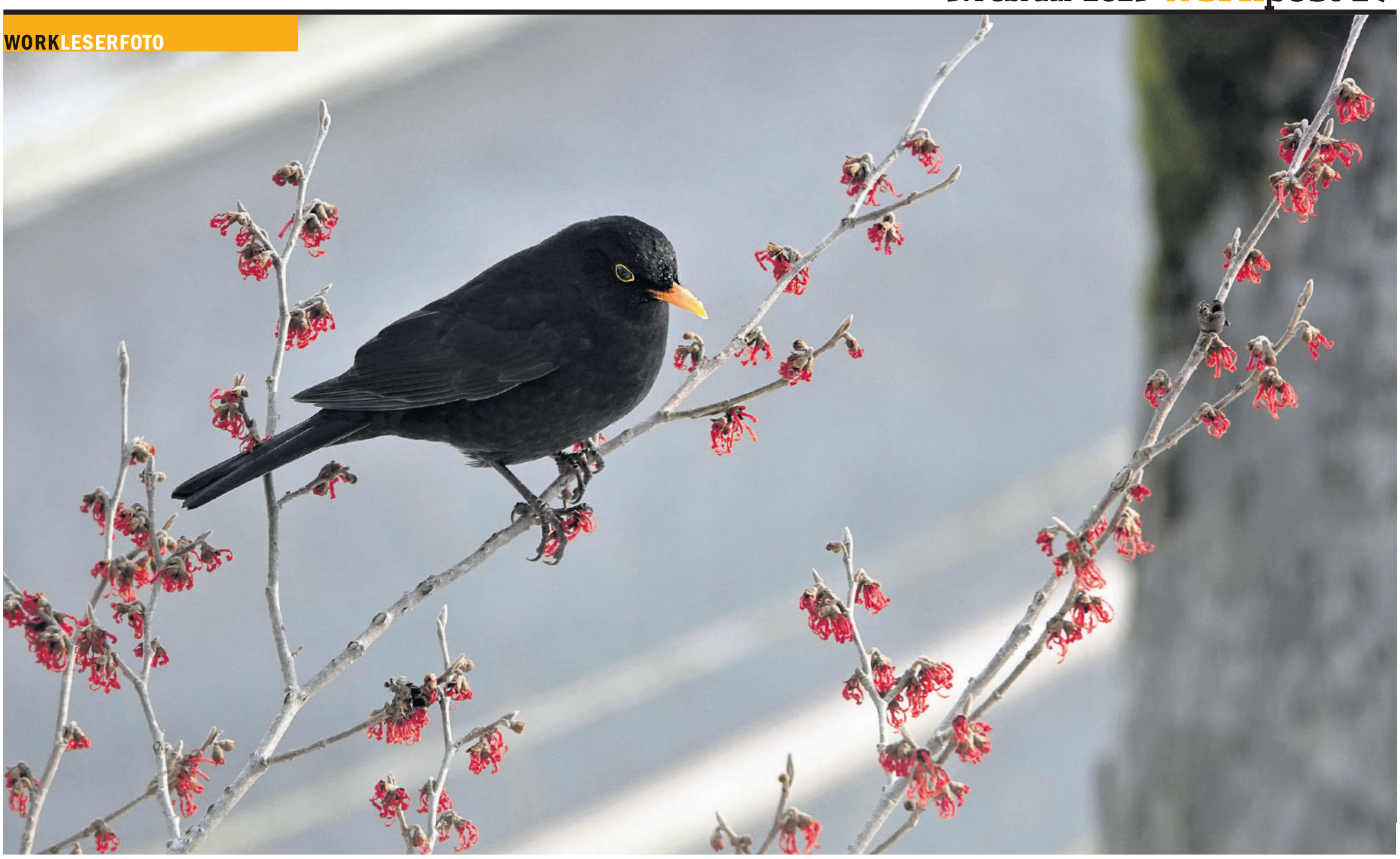
INSERAT

Was ist gute Pflege?

Das will die Fachhochschule Südschweiz (SUPSI) in ihrem Forschungsprojekt herausfinden. **Arbeitest du in einem Pflegeheim?** Dann freut sich die SUPSI über deinen Input bei der Online-Umfrage und einer Gruppendiskussion in deiner Region.

Mach mit beim Forschungsprojekt!

WORKLESERFOTO



Amselmann auf Zaubernuss

WANN 24. Januar 2023
WO Konolfingen BE
WAS Eine Zaubernuss (Hamamelis) in voller Winterblüte und mit Amselbesuch
Eingesandt von Ruth Krähenbühl, Konolfingen

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

2 work 20. Januar 2023

workedito
Anne-Sophie Zbinden

RÖSSTLI AUF DEM ENERGIEKARUSSELL

Auch Nao-Bundesrat Albert Rösti (SVP) durfte am Treffen der Reichen und Mächtigen in Davos dabei sein (siehe Text unten rechts). Doch es lief nicht wie geschmiert: Deutschlands Wirtschaftsminister Robert Habeck benannte ihn kurzerhand um zu «Kollege Rösstli». Auch der Gasdeal mit Deutschland ging bachab. Wobei der Umweltminister Wasser nicht scheut, ist er doch auf der Website der Wasserkraftlobby (SWV) noch immer als ihr Präsident aufgeführt. Er war auch Präsident der Heizöllobby Swissoil, dazu jahrelang Atomlobbyist. Bis zu 16 Mandate brachte er unter einen Hut. Für weniger reich behutete eine schwindelerregende Anzahl von Rösstli-Drehungen.

Für trümmlige Wendungen ist auf die SVP Verlass.

Wenn es um trümmlige Wendungen geht, ist auf Rösstis Parteikollege Christian Imark Verlass. Seine Antwort auf die Energiekrise: «Schweizer Erdgas fördern!» Seit den 1950er Jahren taucht diese Idee immer wieder auf, mit steigender Absurdität. Geologisch betrachtet ist es relativ einfach: Ja, das schweizerische Mittelland erfüllt alle Voraussetzungen für Erdöl- oder Erdgasvorkommen. Aber nein, wir wissen nicht genau, wie gross die Vorkommen sind. Bei Probebohrungen ...

Mopac-Entlassungen: Franziska Hulligers finaler Triumph

«Sich wehren lohnt sich immer!»

Vor über zehn Jahren wurde Franziska Hulliger (65) geschasst – aus purer Rache! Das liess sich die Bützerin nicht gefallen. Jetzt macht sich ihr Durchhaltewille bezahlt.

DANIA WAETZIG

Gegen Mittag füllt sich die Pizzeria Bernerhof in Burgdorf mit Büroerinnen und Bützern. Viele von ihnen in grauen Arbeitskleidern. Die wohl einzigen Pensionierten in der Beiz sind Franziska Hulliger (65) und ihr Ehemann Bruno (67). Anders als für die hungrigen Werktätigen hier geht's dem Rentnerpaar heute nicht um eine schnelle Mittagsverpflegung. Für die beiden ist der Restaurantbesuch fast ein Tagesausflug. «Wir geniessen unsere Zeit zusammen», sagt Franziska Hulliger. Zurücklehnen und geniessen – zu lange war dies unmöglich. ...

Der Mopac-Chef kürzte die Löhne beim Ehepaar Hulliger um 730 Franken pro Monat!

ENDLICH ENTSCHÄDIGUNG: Jetzt kann Ex-Packerin Franziska Hulliger ihren wohlverdienten Ruhestand geniessen. FOTO: BETTINA GUGGER

... ger ihrem Ex-Chef schliesslich im Regionalgericht Burgdorf gegenüber. Sie einigten sich auf eine Entschädigung, die Auszahlung liess aber lange auf sich warten. Erst im Dezember 2022 landete die Entschädigung endlich auf Hulligers Konto. Wie hoch der Betrag genau ist, möchte sie nicht sagen. Sicher sei aber: «Für uns ist das eine Stange Geld!» Auch bei Mopac änderte sich einiges: Der Chef von Hulliger stand kurz vor der Pleite. Der Betrieb in Wasen BE wurde 2016 von einem neuen Käufer übernommen, was unter anderem auch der Grund war, dass Hulliger so lange auf ihre Entschädigung warten musste.

ÜBER 300 BEWERBUNGEN

In dem neun Jahren zwischen dem Urteil und der Auszahlung ist bei Franziska Hulliger viel passiert: «Die Stellensuche war ein Kampf. Mit Mitte fünfzig einen neuen Job zu finden war verdammt schwierig.» Für das Ehepaar kamen schwierige Jahre, das Geld fehlte an allen Ecken und Enden. Es dauerte zwei Jahre und über 300 Bewerbungen, bis Hulliger eine Stelle fand. Geklappt hat es schliesslich bei der Gastronomiegruppe ZFV, wo sie im Service anfangen konnte. Für ...

WORK 1 / 20.1.2023: «SICH WEHREN LOHNT SICH IMMER!»

Glückwunsch!

War schon immer mein Motto: «Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!» Herzlichen Glückwunsch und geniesst euren Ruhestand.

ERIKA WITZIG, VIA WORKZEITUNG.CH

Gerechtigkeit für die Kleinen

Schön, dass die Gerechtigkeit auch mal die Kleinen gewinnen lässt. Ich wünsche ihnen alles Gute für die Zukunft.

OLIVER SCHÖNHERR, VIA FACEBOOK

Gemeinsame Jassrunden

Ich und Franziska haben uns 2018 bei der Lancierung unserer PK-Initiative kennen- und schätzengelernt. Mit meinem Verein Workfair 50+ setzen wir uns seit 2016 für das Potential älterer Menschen ein. Wir kämpfen für politische Anpassungen im Bereich der Sozialwerke, RAV und Sozialhilfe, damit wir der steigenden Altersarmut proaktiv begegnen können.
Ich bin froh, Franziska an meiner Seite zu wissen, und darf stolz sein, als Springer (wenn jemand aus der Jassrunde ausfällt) vom Baselbiet ins Emmental anreisen zu können.

PIERRE BAYERDÖRFER, VIA WORKZEITUNG.CH

Bravo, Frau Hulliger!

Ich gratuliere Frau Hulliger zu ihrem Kampf. Es geht einfach nicht an, dass ständig die Schwachen noch mehr geschwächt werden. Das ist eine Riesenschweinerei!

ANDRÉ GERBER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 1 / 20.1.2023: «ES GEHT RÜCKWÄRTS STATT VORWÄRTS – UND DAS GEHT UNS ALLE AN»

Lautere Töne anschlagen

Bedauerlicherweise geht es nicht nur bei der Gleichstellung rückwärts statt vorwärts! Auf allen Ebenen, die für eine solidarische Gesellschaft und eine intakte Umwelt wichtig sind, wurden und werden die Weichen in die falsche Richtung gestellt. Wirtschaft und Politik nutzen ihre Macht schamlos aus! Das System «Wachstum um jeden Preis» läuft munter weiter. Motto: Was kümmert uns die Welt von Morgen! Hauptsache, der Rubel rollt! Es ist allerhöchste Zeit aufzuwachen! Wenn die SP (inkl. Gewerkschaften) und die Grünen bei den anstehenden Wahlen in Zürich und bei den nationalen Wahlen im Herbst 2023 nicht zu den Verlierern gehören wollen, müssen neue Ideen propagiert und lautere Töne angeschlagen werden!

ALEX MUHEIM, VIA FACEBOOK

Auf Kosten der Arbeitenden

Die Gleichstellung fängt bei der Klassengesellschaft an. Es leben immer noch zu viele in Saus und Braus auf Kosten von denen, die für sie die Drecksarbeiten übernehmen und nicht davon leben können.

RETO CORRADO, VIA FACEBOOK

WORK 1 / 20.1.2023: DIE GRATWANDERUNG DER SCHWEIZ

Cassis' leere Worte

Der Schweizer Bundesrat Ignazio Cassis sprach kürzlich im Sicherheitsrat der Uno den Vetomächten ins Gewissen. Das sind die USA, Russland, China, Frankreich und Grossbritannien. Es ging um die Rechtsstaatlichkeit unter den Nationen. Cassis betonte, dass sich die Schweiz darauf freue, für Sicherheit und Frieden zu arbeiten. Doch das ist nicht so klar, denn die Schweiz exportierte in den letzten Jahrzehnten laufend Kriegsmaterial an Staaten, die sich an Kriegen beteiligten, was nach dem Kriegsmaterialgesetz eigentlich verboten wäre. Die Schweizer Rüstungsindustrie verkaufte Waffen an Nato-Staaten, die auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak, in Libyen usw. Krieg führten. Die Schweiz gehört heute mit ihren Waffenexporten und der Finanzierung von Rüstungskonzernen zu den Profiteurinnen all der blutigen Konflikte. Wie im Zweiten Weltkrieg ist unser Land wieder eine Kriegsgewinnlerin. Die Kriegsmaterialausfuhren der Schweiz nahmen in den ersten neun Monaten 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 50 Prozent auf 756 Millionen Franken zu. Nur in zwei der vergangenen 30 Jahre exportierte die Schweiz mehr. Es ist also gut möglich, dass die Branche 2022 einen Exportrekord erreicht hat.

HEINRICH FREI, PER MAIL

WORK 1 / 20.1.2023: NEUES JAHR BRINGT NEUES FERIENGUTHABEN

Super work!

Schönes neues work! Besonders interessant der Artikel: «Wie lange in die Ferien?»

EWALD SCHERWEY, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

ALEX HOPFGARTNER

DRACHEN UND FEUER

Vor bald 20 Jahren kam Alex Hopfgartner von Südtirol in die Schweiz. Seither baut er Stromleitungen für die Firma IED, die allerdings in der Zeit mehrmals den Namen gewechselt hat. Ursprünglich hat Hopfgartner Maurer gelernt. Noch daheim in Südtirol. Doch nach sieben Jahren wurde es ihm zu langweilig: «Das ganze Leben im selben Tal, das wär nix für mich.»
Er habe einen für Leitungsmonteure typischen Werdegang, sagt er: «Die meisten von uns kommen von einem Bauberuf. Nach drei, vier Jahren im Betrieb können sie hier fast alle Arbeiten erledigen.»

TATTOO. Nur an etwas hat er sich bis heute nicht gewöhnt: das Essen in den Schweizer Restaurants. Die pampigen Teigwaren. Die lampige Piccata, weil auf dem gleichen Teller serviert wie die Spaghetti mit Tomatensauce: «So was geht gar nicht!» Jedes Wochenende fährt er nach Südtirol. Dort findet Hopfgartner, der im Beruf für Starkstrom sorgt, Entspannung: «Fernsehen, Playstation, mit Kollegen am Feuer sitzen.» Und ab und zu ein Besuch im Tattoo-Studio: Rund 20 Drachen in verschiedenen Grössen schmücken mittlerweile seinen Körper.

Alex Hopfgartner (41) baut bei Wind und Wetter das Schweizer Stromnetz aus

«Immer ein bisschen Action»

Mit mächtigen Maschinen zieht Alex Hopfgartner tonnenschwere Kabel von Mast zu Mast. Schiefgehen darf dabei nichts. Sonst, sagt er, könne es Tote geben.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Wenn er arbeitet, hat Alex Hopfgartner über sich nur den Himmel. Morgens um halb acht trifft er seine Kollegen beim Lagerplatz für Maschinen und Material. Wenn alles bereit ist, geht's ab zum Strommast, der heute dran ist. «Dann klettere ich hoch», sagt der Chefmonteur. «Wenn's gutgeht, muss ich nur zum Mittagessen einmal runter, sonst bin ich den ganzen Tag oben.» Dort schraubt er neue Masten für Hochspannungsleitungen zusammen und ersetzt die Stromkabel. Tag für Tag, bei jedem Wetter. «Bei diesem Beruf musst du gern draussen sein», sagt der Südtiroler und lacht.

Solange er etwas zu tun habe, machten ihm Minustemperaturen wie in den letzten Wochen nichts aus. «Aber wenn's einen Unterbruch gibt, dann wird's richtig kalt. Da helfen die besten Handschuhe nichts.» Am schlimmsten sei mal ein Auftrag in Hamburg gewesen, von Januar bis März: Regen und Wind bei null Grad, und das den ganzen Tag. «Da hab ich schon überlegt, was ich da überhaupt mache.»

VIER TONNEN KRAFT. Was er macht, und zwar gern, ist neue Kabel einziehen. Den ersten Zug macht ein Helikopter. Der spannt ein Nylonseil von Mast zu Mast. Damit ziehen die Monteure ein Stahlseil nach, dann eventuell noch ein dickeres Stahlseil, schliesslich das schwere Kabel. Das sei nötig, erklärt Hopfgartner mit zwei Zahlen: «Wir ziehen bis zu drei Kilometer Kabel aufs Mal ein. Weil es zwischen den Masten durchhängt, braucht es die Kraft von etwa vier Tonnen, um es zu ziehen. Das wäre zu viel für das Nylonseil.»

Gezogen wird das Kabel von einer schweren Seilwinde. Es ist diese Arbeit, die den Monteur fasziniert. Denn das Kabel darf nicht zu stark gespannt sein, aber auch nicht den Boden berühren. «Da hat man nicht viel Bedenkzeit», sagt er. «Und wenn's schiefgeht, kann's Tote geben.» Etwa, wenn das Kabel zu stark durchhängt und darunter eine Autobahn ist. Oder eine andere Leitung, die man nicht ausschalten kann. Da gilt es, die Maschine rechtzeitig zu stoppen. Drum sei diese Arbeit «immer ein bisschen Action», sagt Hopfgartner und grinst. «Das kann nicht jeder. Es braucht ein Talent, ein Gespür für die Maschine.»

Etwa drei Monate arbeiten Hopfgartner und seine Mannen – eine Monteurin kenne er nur in Deutschland, «glaub's die einzige in Europa» – an einer Leitung, manchmal auch länger. Dann geht's zum nächsten Auftrag.

50 METER OB BODEN. Auch das gefalle ihm an dem Job, sagt er: «Jeden Tag in die Fabrik, das würde ich nicht machen. Hier komme ich immer wieder an einen neuen Ort.» Meist irgendwo in der Schweiz, manchmal auch in Deutschland, Österreich oder Frankreich. Für die Dauer des Projekts wohnen die Monteure im Hotel. Am Freitagmittag beginnt das Wochenende – erst dann fahren die Männer nach Hause.

Zwar gelte bei seinem Arbeitgeber, der Schweizer Leitungs- und Kabelbaufirma IED, grundsätzlich die 42-Stunden-Woche, sagt Hopfgartner. «Im Winter arbeiten wir aber weniger, im Sommer dafür mehr – meist 10 oder 11 Stunden am Tag, wenn es das Tageslicht zulässt.»

Und das ist streng. Die Masten stehen oft in unwegsamem Gelände. Dann beginnt und endet der Arbeitstag mit einem Fussmarsch querfeldein, bepackt mit Klettergurt und Werkzeug. Dann den Mast hoch, manchmal 20 Meter, manchmal 50. Am Abend seien seine Batterien leer, sagt der Chefmonteur: «Um neun, spätestens um zehn, leg ich mich aufs Ohr.»

Früher sei das alles kein Problem gewesen. Aber jetzt, mit 41, sei ihm klar: Er werde nicht bis 65 die Masten hochklettern. In der Branche will er aber bleiben, etwa als Projektplaner oder Berater, «die Erfahrung habe ich ja». Und sagt etwas wehmütig: «Wir müssten auch mit 60 in Rente gehen können wie die Bauarbeiter.»

WORK-SERIE

Teures Gas, knapper Strom und eine Klimakrise, die sich immer deutlicher zeigt: Das Thema Energie bewegt die Schweiz wie schon lange nicht mehr. work richtet dabei den Blick auf die Büezerinnen und Büezer, die bereits jetzt an der Energiewende arbeiten. Alle Teile der «worktag»-Serie gibt es zum Nachlesen unter: **workzeitung.ch/worktag.**

30-METER-STURZ. Dazu komme das Unfallrisiko. Zwar sei er auf dem Mast immer gesichert. «Aber wenn irgendetwas bricht …» Etwas zögernd erzählt er, was vor Jahren passiert sei: «Ich arbeitete am Boden, mein Kollege oben auf dem Mast. Plötzlich kracht's hinter mir, und er fällt aus 30 Metern runter. Mitsamt der Leiter, an der er gesichert war.» Nur durch sehr viel Glück habe der Monteur überlebt, seither brauche er einen Stock zum Gehen. «Das gibt einem schon zu denken.»

Keine Sorgen macht er sich dagegen um seinen Job. Jahr für Jahr würden mehr Projekte ausgeschrieben, um alte Leitungen zu erneuern oder neue zu bauen. «Die vier Firmen in der Schweiz, die das machen, kommen gar nicht mehr nach.» Die Branche finde nicht genügend Monteure.

Und das sei wohl erst der Anfang. Denn damit die Wende von fossiler zu mehr erneuerbarer Energie gelinge, brauche es mehr Leitungen, die den ökologisch erzeugten Strom transportieren. Hopfgartner soll's recht sein. Er sagt: «Wenn alle ein Elektroauto fahren, geht uns die Arbeit nicht aus.»

***SCHWINDELERREGEND:** Leitungsmonteur Alex Hopfgartner schraubt in 50 Metern Höhe Masten für Hochspannungsleitungen zusammen und zieht Stromkabel. Oft bleibt er fast den ganzen Tag oben, selbst bei Minustemperaturen.*

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Martin Jakob, Marius Käch, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler, Noémie Zurlinden **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 65005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.